

# Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wochenl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 80 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gebührende Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Verlags- u. Besammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreifache Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestunde in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Zrenbiter Straße 50, Fernsprecher 489 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Zrenbiter Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 489 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Zrenbiter Straße 50, Fernsprecher 489 02.

## Braun-Severing gestehen Arbeiterverrat

**Sie rühmen sich ihrer Schandtaten / Sozialdemokratische Arbeiter! Braun gesteht, daß er 10 Jahre lang gegen eure Interessen gehandelt hatte! Eure Antwort: Auch wir wählen Liste 3 als Kampfbekennnis gegen den Schwindel mit der „zweiten Republik“ für eine Arbeiter- und Bauern-Republik!**

Leipzig, 11. Oktober. (Fig. Drahtber.) Vor dem Staatsgerichtshof begann gestern die Verhandlung der Klage der früheren Preußenregierung gegen die Reichsregierung wegen der Vorgänge am 20. Juli. Die Ausführungen der Professoren und Rechtsgelehrten, die für die beiden Regierungen vor Gericht erschienen sind, drehten sich fast ausschließlich um die Frage: wer die Kommunisten besser bekämpft habe und bekämpfe! Der Verteidiger der früheren Preußenregierung, **Bracht**, betonte immer wieder, daß niemand die Kommunisten so stark bekämpft haben wie **Severing** und **Grzesinski**. Mit erhobener Stimme fragte er den Vertreter der Reichsregierung:

**„Haben Sie die Kommunisten verboten oder ausgesperrt? Haben Sie nicht zugelassen, daß Frau Zeffin aus Moskau den deutschen Reichstag eröffnete?“**

Der Vertreter der Reichsregierung, **Gottheimer**, stellte die Behauptung auf, es sei dem preussischen Ministerpräsidenten **Braun** nur auf die Gehaltszahlung angekommen. Daraufhin verlas der Vertreter Preußens einen Brief von **Braun**, in dem es heißt:

„**Ueber zehn Jahre lang habe ich die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammenlegung der Reichsregierung, oft auch unter Schwächung der Werbekraft meiner Partei, unterstützt, die im Reichstag Reichsmaßnahmen bekämpfte, die ich im Reichsrat im Interesse der geblühenden Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen unterstützte.**“

Außerdem stellte **Gottheimer** die Behauptung auf, **Severing** sei mit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen einverstanden gewesen. Daß **Severing** die Pläne der Papen-Schleicher-Regierung billigte, geht aus einer Erklärung hervor, die **Severing** gestern früh gegenüber den Behauptungen **Gayls** veröffentlichte. In dieser Erklärung heißt es:

„**Ich habe Herrn von Gayl in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könnte, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und dem Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: In einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen.**“

Daraus ergibt sich einwandfrei, daß **Severing** mit den Plänen

der Papen-Schleicher-Regierung zur Reichsreform völlig einverstanden war.

Gleich der erste Verhandlungstag vor dem Staatsgerichtshof enthüllte die Zufälligkeit der Braun und Severing für die faschistische Papen-Diktatur. Sie selbst rühmen sich der Verfolgung der Kommunisten und somit der revolutionären Arbeiterbewegung, und wollen damit nur unterstreichen, daß sie unentbehrliche Werkzeuge im Kampfe gegen den Kommunismus gewesen sind und auch in der Zukunft sein werden. In Mitgliederversammlungen der SPD. versuchen die Braun und Severing in Demagogie zu machen. In der Mitgliederversammlung der SPD. in Berlin-Lichtenberg hat **Severing** unter anderem folgendes erklärt:

„**Auch aus parteigenössischen Kreisen ist uns gesagt worden, wir hätten am 20. Juli eine andere Taktik einschlagen sollen, wir hätten den Generalkrieg proklamieren ... sollen ... Hätten wir vielleicht die kommunistische Rinderei eines einseitigen Demonstrationstreiks mitmachen sollen? Ich sage: Ganzem Widerstand oder gar keinen!**“

Ganzem Widerstand? Die Kommunisten waren gerade für ganzen Widerstand. Herr **Severing** und die SPD. haben jedoch nicht gesagt „oder“, sondern Klipp und Klar: „Gar keinen Widerstand.“ Sie haben kapituliert. Schmähtlich kapituliert. Und bei jedem neuen Schlag, den heute Papen (wie auch Hitlers Garben) führen, ist die SPD. mit verantwortlich. Noch mehr, sie unterstützt auch heute, und ein wenig oppositionell verhält, die Papen-Schleicher-Regierung.

Der „Genosse“ **Braun** behauptet in seinem Briefe feierlich, daß er als Vertreter des größten Bundesstaates im Reichsrat die Politik der Papen-Schleicher unterstützt hatte. Er gibt offen zu, daß seine Politik nicht im Interesse der sozialdemokratischen Arbeiter gelegen hat. Und wenn auf der anderen Seite die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstag die Regierungspolitik bekämpfte, so war das nur ein Betrugsmanöver, um die sozialdemokratischen Arbeiter vor den Karren der Hindenburg-SPD. weiter zu spannen. Die sozialdemokratische Partei und ihre Presse laufen aus Gründen der Wahlagitation gegen die weitere Faschisierung des Staatsapparates „Sturm“ und treten für „Demokratie und Selbstverwaltung“ ein. Und jetzt ist **Severing** gezwungen, in einer offenen Erklärung zuzugeben, daß auch die SPD. für den Ausbau der faschistischen Diktatur ist.

Die sozialdemokratische „Volkswacht“ von gestern gesteht in ihrem Artikel „Aus dem Zwiel“ aus Gründen der Wahlagitation ein, daß es in Deutschland sehr dunkel geworden ist, daß die Freiheit der Presse, die Freiheit der Rede, die Demokratie beseitigt sind, daß Sondergerichte untergraben und unterminieren, was an Autorität des Staates und der Justiz übrig geblieben ist. Wir Kommunisten haben auf diese Feststellungen den sozialdemokratischen Arbeitern folgendes zu sagen: Der erste Sitzungstag vor dem Staatsgerichtshof mit seinen Erklärungen von Braun und Severing unterstreichen unsere immer und immer wieder gemachte Behauptung, daß **Braun** und **Severing** die Schrittmacher der faschistischen Diktatur in Preußen und Deutschland gewesen sind. Die Freiheit der Presse, die Freiheit der Rede sind schon während der Ära Brauns und Severings beseitigt worden. Die Sondergerichte, die gegen die antifaschistischen Arbeiter wüten, sind bei der Einsetzung von der sozialdemokratischen „Volkswacht“ begrüßt worden. Proletarische Demokratie hat es auch während der Ära Hermann Müllers, Brauns und Severings nie gegeben. Die „Demokratie“ in der kapitalistischen Republik ist ein Mittel, um die Masse über den wahren Charakter der Kapitalisdiktatur zu täuschen.

**Proletarische Demokratie wird es erst in einem Sowjet-Deutschland geben!**

Die Lehre davon drängt sich jedem sozialdemokratischen Arbeiter auf. Sie lautet: Ohne und gegen die **Severing** und **Braun**, ohne und gegen die SPD., die Kapitulations- und Defektions-Partei, hinein in die Einheitsfrontaktion mit den Kommunisten gegen Lohnabbau, Faschismus und Kriegstreiberi, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

Und am 6. November Kampfbekennnis aller Arbeiter dafür durch Wahl der Liste 3!

### 15 Mark Streikmunition

hat die Betriebsgruppe Petersdorff, Breslau, auf die Liste der M.D. gesammelt. Das ist praktische Arbeit in der Organisation der Solidaritätsaktion! Dieses glänzende Beispiel muß für alle unteren Organisationseinheiten der M.D. wegweisend sein!

## Die Einweihung von Dnjeprostroy

**Ein gewaltiger Sieg des sozialistischen Aufbaues / Dort, wo Kommunisten regieren, geht es aufwärts!**

Moskau, 10. Oktober. Heute wird der Elektro-Wigant von Dnjeprostroy, dessen Grundsteinlegung von fünf Jahren erfolgte, eingeweiht. 766 Meter lang durchquert ein Staudamm den Dnjestr. Zur Herstellung des Damms waren 1,8 Millionen Tonnen notwendig. Durch den Dammbau wurde der Wasserspiegel um nicht weniger als 43 Meter gehoben. Er treibt neun Turbinen mit etwa 3/4 Milli-

onen Pferdestärken, durch die ein Gebiet von rund 80 000 Quadratkilometer, darunter das Donbassin, mit Strom versorgt wird.

Die Eröffnung des Dnjeprostroy bedeutet einen gewaltigen Sieg des sozialistischen Aufbaues. Während in der kapitalistischen Welt, in allen kapitalistischen Ländern — Amerika, Frankreich, England, Deutschland, Polen — industrielle Werte stillgelegt, Maschinen verschrottet, die Produktion verringert und die Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, hat die herrschende Arbeiterklasse in der sozialistischen Sowjetunion ein gigantisches Werk geschaffen, das ein neues Kraftzentrum des sozialistischen Aufbaues in der UdSSR ist.

Wo, wie in der Sowjetunion, die Arbeiterklasse herrscht und die Kommunisten regieren, geht es aufwärts!

Im kapitalistischen Deutschland aber, wo das verrottete kapitalistische System herrscht, wo die SPD. das Kapital gerettet, in zehnjähriger Koalitionspolitik gestärkt und damit dem Faschismus den Weg gebahnt hat, wo Papen regiert, da wachsen Not und Elend der Arbeitermassen.

Vorwärts die Einheitsfrontaktion aller Arbeiter für Brot, Arbeit, Freiheit, für die Arbeiter- und Bauernrepublik Deutschland! Am 6. November Kampfbekennnis der Arbeitermassen durch Stimmabgabe für die Liste 3, die einzige für den Sozialismus kämpfende Partei, die SPD!

### Dreckfeger der „feinen Herren“

In einer Münchener Rede hat **Goebbels** nach dem Bericht des „Angriff“ vom Mittwoch einen neuen Beruf für die SA.-Proleten und werktätigen Nazianhänger entdeckt. Er sagte nämlich:

„**Da diese Herren (vom Herrenklub) keine Argumente für sich anführen können, sagen sie: wir sind von Gottes Gnaden. Sich die Hände reibend, sehen sie schmunzelnd, wie wir ihnen den Dreck wegfehen...**“

Das glauben wir gerne, daß Papen und Schleicher schmunzeln, wenn Hitler und Goebbels den SA.-Proleten befehlen: An-treten zum Dreck-wegfehen für die feinen Herren! Wie lange wollen sich die SA.-Proleten und werktätigen Nazianhänger noch zum Dreck-wegfehen hergeben?

Schluß mit den Papen-Nazis! Her zur roten Einheitsfront!

## Mitlitschüker Bauarbeiter erneut im Streit

Mitlitschüg, 10. Oktober. Bekanntlich hat die Mitlitschüker Bau-firma Delakowitsch mit Hilfe des reformistischen Baudelegierten-bund, Baugewerksbundssekretärs **Fuchs**, den 50prozentigen Lohnraub durchgebrückt. Bei der Firma **Bednorz** und **Chrubaczil** wurde der Lohnraub durch die Einheitsfrontaktion und den Streik der Belegschaft abgewehrt.

Die Haltung der reformistischen Baugewerksbundsbürokratie als Saboteure des Streikkampfes, hat erneut die Firma **Bednorz** er-muntern, den Lohnraubangriff zu erneuern. Am Sonnabend, dem 8. Oktober, brachte die Firma **Bednorz** bei der Auszahlung den

50prozentigen Lohnraub in Abzug. Am Montag, dem 10. Oktober, trat die Baustelle wiederum geschlossen in den Streit.

Dieser seit mehr als 10 Tagen währende Kampf des Angriffes und der Abwehr, wird von der Bauarbeiter-schaft mit äußerster Hart-näckigkeit geführt. Nur der Haltung der reformistischen Baugewerks-bundsbürokratie auf der Baustelle **Delakowitsch** haben es die Mitlitschüker Bauarbeiter zu verdanken, daß die Unternehmer immer wieder angegriffen. Jetzt aber Schluß damit! Bauarbeiter von Mitlitschüg der Baustellen **Bednorz**, **Chrubaczil** und **Delakowitsch** jagt die Verräter eures Kampfes von den Baustellen und legt geschlossen die Arbeit nieder! Heraus zu der am Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Brauer statt-findenden Streikversammlung aller Bauarbeiter.

# 220 jugendliche Pflichtarbeiter im Streik

## Streikleitung, bestehend aus Reichsbanner-, SPD-, NSDAP- und kommunistischen Arbeitern, gewählt

Bunzlau, 10. Oktober. In Bunzlau müssen seit einigen Wochen 220 Rohfabrikempfänger, die noch nicht 25 Jahre alt sind, Pflichtarbeit leisten. Für 250 Mark Unterführung einen Tag, 5 Mark zwei Tage, über 5 Mark 3 Tage. Die Pflichtarbeiter haben folgende Forderungen aufgestellt:

- Für jeden Arbeitstag 1,50 Zulage.
- Freie Stellung von Arbeitskleidung und Schuhen.
- Jede Woche 1 Brot und 1 Pfund Margarine.

Der Magistrat bewilligte lediglich für diejenigen Pflichtarbeiter, die einen Tag arbeiten, 1/2 Brot, für zwei Tage Arbeit 1 Brot, für drei Tage 1 Brot und 1 Pfund Margarine.

Daraufhin legten die Pflichtarbeiter geschlossen die Arbeit nieder und zogen nach dem Rathaus. Die Streikleitung versuchte mit dem Magistrat zu verhandeln. Dieser Herr lebte jedoch ab und erklärte, daß er für die Streikenden nicht zu sprechen wäre. Er wies sie

an dem SPD-Magistratsrat Gärtnert. Aber auch der lehnte die Forderungen der Arbeiter ab. Als ein Vertreter der Streikleitung den unten stehenden das Verhandlungsergebnis überbringen wollte, versuchte die Polizei unter der Führung des schon satfam bekannten Weichers, die Arbeiter auseinanderzutreiben. Als daraufhin Genosse Paender die Streikenden zu informieren versuchte und ein „Rot Front“ auf den Streiksieg ausdrückte, wurde er festgenommen und zur Wache gebracht.

Am Nachmittag fand eine gutbesuchte Streikversammlung statt, in der eine Streikleitung von 10 Mann gewählt wurde. In der Streikleitung sind Reichsbannerarbeiter, Arbeiter der SPD, und der NSDAP, sowie Kommunisten. Die Stimmung ist ausgezeichnet und Genosse Paender wies den Streikenden den Weg zum Sieg.

Wir begrüßen den letzten Schritt der Bunzlauer Jungarbeiter-schaft, die ohne Parteigränzen den Weg des Kampfes beschritten hat. Ein entschlossener Kampf wird den Sieg sichern!

## Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

# Arbeiterdelegierte nach der Sowjetunion

### Zum 15. Jahrestag der Union sozialistischer Arbeiter- und Bauernrepubliken

Wir stehen vor dem 15. Jahrestag des Sieges der Oktober-Revolution über die zaristische Diktatur der blutigen Unterdrückung und brutalen Ausbeutung der Arbeiter und armen Bauern. Der 15. Jahrestag fällt zusammen mit der Vollendung des ersten Fünfjahresplanes in vier Jahren, eines Fünfjahresplanes, den die Kapitalisten und ihre Soldatensöldner zuerst verhöhnt und verlacht haben, und den sie heute als lebendiges Beispiel der proletarischen Durch-führung des Sozialismus hassen und fürchten. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion rufen jetzt unter Führung der Sowjets zur Durchführung des zweiten Fünfjahresplanes, der Vollendung des Sozialismus.

### 15 Jahre Sowjetunion:

- Freiheit der Arbeiter und Bauern!
- Arbeit für alle, Brot für alle, fortschreitende Verbesserung der Lebenslage!
- Ungeheurer kultureller Aufschwung!
- Aufbau des Sozialismus!
- Fortschritt auf allen Gebieten!

Die Kapitalisten und ihre Helfer wollen die wertvollen Massen halten, sie wollen einen Teil von uns feindlich oder mindestens feindselig gegenüber der Sowjetunion einstellen. Aus zwei Gründen: Sie fürchten die aufkeimende Wirkung des sozialistischen Aufbaus und sie fürchten die Wahrheit erkennen und verbreiten.

## Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland

Geht den Arbeitern aller politischen Richtungen die Möglichkeit, durch den ihnen gewählte Delegierte die Verhältnisse in der Sowjetunion unmittelbar und frei studieren zu lassen. Sendet Delegierte, damit sie euch die Wahrheit berichten. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion will auch zum 15. Jahrestag Arbeiterdelegierte der Belegschaften einer Reihe von Großbetrieben einladen.

Nehmt in einer Betriebsversammlung dazu Stellung! Wählt ein Komitee zur Durchführung aller notwendigen Maßnahmen. Wendet euch an uns! Wir werden euch jede Auskunft geben. Zeichnet auf den Sammelzettel, was ihr könnt. Schickt eine Betriebsgruppe des Bundes der Freunde der Sowjetunion! Seit unsere Monats-schrift: „Sowjetrußland von heute“ (10 Pfennig).

Seht mit der Arbeit über die Sowjetunion zu verbreiten, den Vätern das Handwerk zu legen! Nehmt euch ein in die Ein-richtung des Kampfes gegen den Krieg!

**Bund der Freunde der Sowjetunion**  
Reichskomitee, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77-78

## Textilbarone durch Streik zum Rückzug gezwungen

Erfurt, 11. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Belegschaft der Textilfabrik S. Z. Tiede, Mühlhausen, hat unter Führung der NSD einen glänzenden Sieg errungen. Obwohl die Direktion noch in der vorigen Woche erklärte, daß sie nur mit den Gewerkschaften über die Forderung des Lohnstreiks verhandeln würde, mußte sie unter dem Druck der Belegschaft den von den Arbeitern gewählten Kampfausschuß als Verhandlungsteilnehmer anerkennen. Bei diesen Verhandlungen, die vom NSD-Vertreter geführt wurden, mußte die Direktion sich zur Weiterzahlung des alten Lohnes unter Beibehaltung der 15-tägigen Arbeitswoche bereit erklären. Während des Kampfes wurden 60 neue Mitglieder für die NSD gewonnen.

Im Textilbetrieb Siegelmann, Mühlhausen, trat am Montag früh die Belegschaft in den Streik, während zur gleichen Zeit der von den Arbeitern gewählte Kampfausschuß mit dem Unternehmer verhandelte. Unter dem Druck des Streiks nahm der Unternehmer den Lohnabbau zurück und erklärte sich bereit, den bereits abgezogenen Lohn nachzuschaffen.

## Neue Streiks gegen Lohnabbau

Am 7. Oktober ist die 200 Mann starke Belegschaft der Textil-fabrik Wör in Meerane gegen einen Lohnabbau, der auf Grund der Notverordnung vorgenommen werden soll, in den Streik getreten. Der Streik wurde in einer Betriebsversammlung einmütig beschlossen und von der Nachmittagsstunde sofort begonnen.

In Chemnitz haben die Arbeiter der Textilfabrik Max Grawert am 7. Oktober die Arbeit niedergelegt. Der Unternehmer wollte einen Lohnabbau bis zu 20 Prozent des Gesamtlöhnes durch-führen, dabei wird der größte Teil der Arbeiterinnen schon jetzt unter Lohn bezahlte. Der Kampf steht unter Führung der NSD.

Gegen einen Lohnabbau von 20 Prozent auf Grund der Notver-ordnung in die Belegschaft des Kabelwerkes in Duisburg-Wanheimerort am 8. Oktober in den Streik getreten. Schon am Tage vorher hatte die Belegschaft einen halbtägigen Proteststreik und eine Betriebsversammlung auf dem Fabrihof durchgeführt. Der größte Teil der Belegschaft sind Arbeiterinnen, denen nach dem ge-lauteten Lohnabbau nur noch ein Stundenlohn von 20 Pfennig ver-bliebe. So wie beim Kabelwerkarbeiterstreik in Konstanz ist auch hier die gesamte wertvolle Belegschaft aktive Solidarität.

Die Belegschaft der Zellulosefabrik Vogel & Bernheimer AG in Rayau hat sich seit dem 7. Oktober im Streik. Vor einigen Tagen hatte der Unternehmer den Lohnabbauplan unter dem Druck

Für uns deutsche Arbeiter und Angestellte, die wir im härtesten Kampf mit einer sich ständig verschärfenden unerhörten kapitalisti-schen Ausbeutung und faschistischen Unterdrückung stehen, ist die klare Erkenntnis der Entwicklung in der Sowjetunion von größter Bedeutung. Viele in unseren Reihen haben sich noch nicht klar ent-schieden, manche sind verkehrt. Verkehrt durch eine Schlammschlur von Lügen und Verzerrung der vorhandenen Schwierigkeiten, die die Lage der Sowjetunion von der sozialdemokratischen Presse bis zu den Muderern und faschistischen Hez- und Lügenaposteln ver-breiten. Sie wollen verhindern, daß alle Arbeiter und Angestellten klar den Gegenjag der zwei Welten sehen:

### 14 Jahre kapitalistische Republik Deutschland:

- Faschistische Unterdrückung!
- Diktatur des Großkapitals!
- 6 Millionen Arbeitslose!
- Zimmer größeres Elend der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern!
- Kulturbarbarei und Reaktion!
- Niederbergang auf allen Gebieten!

der Belegschaft bereits zurückgenommen. Jetzt versuchte er, den Lohn-abbau elapenweise durchzuführen. Tiesien neuen Lohnabbauverzicht hat die Belegschaft gemäß ihrem alten Beschluß mit dem geschlossenen Streik beantwortet.

In Halle wurde bei der Metallfirma Wegelin & Hübner eine Streikabstimmung durchgeführt. Mit überwältigender Mehrheit be-schloß die Belegschaft den Streik gegen den geplanten Lohnabbau. Berlin, 11. Oktober. (Eig. Drahtber.) Die Belegschaft der Karlsruherwerke Quisenbath ist gestern geschlossen in den Streik ge-treten. Die Direktion wollte die Löhne um 20 bis 30 Prozent ab-nehmen, was von der Belegschaft abgelehnt wurde. Da die Direktion den Lohnabbau nicht zurücknahm, legte die Belegschaft die Arbeit geschlossen nieder.

## Nationalsozialistische Volkshausführer freigesprochen Reichsbannerproleten müssen ins Gefängnis

Bunzlau, 10. Oktober. Am Sonnabend wurde das Urteil des Sondergerichts in Leipzig gefällt wegen der Vorfälle vor dem Bunz-lauer Volkshaus. Das, was man nach der Verhandlungsführung er-warten mußte, trat ein. Die Nazis, die das Volkshaus überfielen, wurden sämtlich freigesprochen. Ihnen wurde ausdrücklich bestätigt, daß sie überfallen worden wären. Die Reichsbannerarbeiter jedoch, die den Einsatz des Volkshauses verteidigten und einen von ihnen dabei verlor, wurden verurteilt. Vier erhielten eine Gefängnis-strafe von je drei Monaten.

Das ist das Sondergericht, das bei seiner Einsetzung von der SPD begrüßt wurde. Das ist das Gesicht des faschistischen Deutsch-lands! Schredensjucht gegen die Arbeiterklasse, Freibrüste für das Nazi-Mordgeschweid! Schlug damit! Kämpf mit der Roten Hilfe! Und am 6. November jede Stimme der Liste 3, jede Stimme eine Massendemonstration gegen die faschistische Justiz!

# Schafft Munition für den roten Freiheitskampf!

## Stärkt den Kampffonds der Kommunistischen Partei — Sammellisten und -marken in Betrieb und Kontor, in Arbeiterquartier und Stempelstelle und auf das Land!

Wieder werden Millionen Mark von den bürgerlichen Par-teien, von der SPD, bis zu den Nazis, zum erneuten Massen-betrag, zur Irreführung der Werktätigen in diesem Wahlkampf aufgewandt. Die Bourgeoisie gibt die ungeheuerlichen Geld-mittel nicht umsonst, weiß sie doch, daß diese Parteien sich voll und ganz für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Aus-beutung einsetzen.

An die finanzielle Kraft der einzigen Arbeiterpartei, der KPD, sind in den letzten Monaten die größten Anforderungen gestellt worden. Gegen die Presse der Unternehmer, gegen die Millionen Wahlgelder der Parteien des Volksbetruges setzen wir jedoch die proletarische Opferbereitschaft aller derer, denen das heutige System nur Hunger, Not und Verzweiflung bringt, aller derer, die kampfbereit für den Sozialismus und für die Freiheit eintreten.

Im Zeichen der Einheitsfrontaktion kämpfen die werktätigen Massen gegen die Papen-Notverordnungen, wächst die Streik-welle gegen den notverordneten Lohnabbau, wenden sich immer breitere Massen von den Parteien des Volksbetruges ab und stoßen zur Kommunistischen Partei.

### Wir appellieren an alle Werktätigen:

Setzt gegen das Gold der Unternehmer und ihrer Lakaien die Millionen Pfennige und Groschen der Werktätigen in Fabrik, Kontor, Verband und Stempelstelle! Kleingewerbetreibende! Mittelbauern! Seid alle solidarisch und opferbereit! Der Kampf der Arbeiterklasse ist euer Kampf!

## Benziger Glasarbeiter für den Kampf Gewerkschaftsbürokraten empfehlen den Kollegen, Stempeln zu gehen!

Benzig, 10. Oktober. Nachdem am Freitag vergangener Woche die Glashütten-Werke Gebr. Funk & Co. und die Phoenix-Werke eine Betriebsversammlung durchgeführt hatten, schritten die genaun-ten Betriebe am Sonnabendmittag zur Abstimmung für oder gegen den Lohnabbau! Das Ergebnis bei den Phoenix-Werken war fol-gendes: gegen Lohnabbau 319 Stimmen, für Lohnabbau 4 Stimmen; bei Gebr. Funk & Co.: gegen Lohnabbau 106 Stimmen, für Lohn-abbau 4 Stimmen, 31 Stimmenthaltungen.

Dieses klare und einseitige Votum zum Kampf benutzte die Gewerkschaftsbürokratie nicht zur Auslösung des Streiks, sondern empfiehlt den Kollegen, sie sollen stempeln gehen! Dieser Vorschlag würde zur Folge haben, daß diese Proleten vom Arbeitsamt eine Sperre für von sechs bis acht Wochen aufgebremmt bekommen. Unterdessen fordert der Unternehmer vom Arbeitsamt neue Arbeits-kräfte an. Wird die Annahme der Arbeit verweigert, wird eine neue Sperre für gegen die Kollegen von sechs bis acht Wochen verhängt. Dieser Vorschlag der Bürokratie muß auf das schärfste bekämpft werden. Die Belegschaften müssen sofort in passiver Resistenz treten, um vorerst mit dieser Waffe die Weiterzahlung des alten Lohnes zu erzwingen. Der letzte Glasarbeiter muß in diese Kampffront gegen Lohnabbau eingereicht werden. Vor einer geschlossenen und kampf-bereiten Belegschaft werden auch diese Glashüttenunternehmer kapitulieren müssen. Haltet sofort erneut Betriebsversammlungen ab und wählt euch eigene Kampfleitungen. Die Gewerkschaftsführer schiebt beiseite!

## Wahlverluste von den Nazis bis zur SPD.

Waldburg, 10. Oktober. In Steingrund, Kreis Waldburg, wo die Wahl für die Gemeindevertretung nötig war, wurden für die bürgerliche Einheitsliste (einschließlich Nationalsozialisten) 295 (316) Stimmen und für die sozialdemokratische Liste 132 (142) Stimmen abgegeben. Der neuen Gemeindevertretung gehören somit sechs bürgerliche und drei sozialdemokratische Gemeindevertreter an. Die kommunistische Partei hatte keine Liste zur Wahl gestellt. Die Parteileitung wird sofort zu untersuchen haben, warum die dortigen Genossen die Voraussetzungen für die Aufstellung einer kommunistischen Liste in einem Textilarbeiterdorf nicht geschaffen haben.

## Deutsche Arbeiter fahren nach der Sowjetunion

Zur Feier des 15. Jahrestages der siegreichen russischen Revolution wird in diesem Jahre eine Dele-gation von 25 Arbeitern und Arbeiterinnen der wichtigsten Betriebe Deutschlands, die von ihren Beleg-schaften gewählt wurden, nach der Sowjetunion fahren. Sie wird dort Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, welche gewaltigen Leistungen bis jetzt, bis zum Ende des in vier Jahren durchge-führten Fünfjahresplans, die Arbeiterklasse der Sowjetunion für den Aufbau des Sozialismus vollbracht hat und welche neuen, noch größeren Aufgaben sie sich für den zweiten Fünfjahresplan stellt. Unter den 25 Delegierten befinden sich, wie wir erfahren, nur drei Kommunisten, alle übrigen 22 sind sozialdemokratische, parteilose oder christliche Arbeiter und Arbeit-erinnen.

Es ist kein Zweifel, daß die diesjährige Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion bei den breitesten Massen des werktätigen Volkes das größte Interesse finden wird. Der 15. Jahrestag der siegreichen bolschewistischen Revolution wird von den Millionen-massen auch des deutschen Proletariats mitgefiebert werden. In diesen Tagen werden zahlreiche Belegschaften dazu Stel-lung nehmen und der Arbeiterdelegation ihre Grüße an die russische Arbeiterklasse mit auf den Weg geben. Solche Begrüßungsschreiben sind an die folgende Adresse zu richten:

**Bund der Freunde der Sowjetunion, Reichskomitee.**  
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78.

Gleichfalls sei darauf hingewiesen, daß diejenigen Belegschaften, die eine Berichterstattung von Seiten der Arbeiterdelegation wünschen, jetzt schon dies an die obige Adresse mitteilen mögen.

Im Zeitalter der Papen-Schleicher, der Notverordnungen und des Streikverbots ist die Feier des 15. Jahrestages der russischen Revolution eine Angelegenheit des ganzen arbeitenden Volkes von Deutschland!

**Stärkt den Kampffonds der Kommunistischen Partei!**

Jeder Pfennig ein Helfer im Kampf gegen Hunger und Papendiktatur! Jeder Pfennig hilft den Befreiungskampf der Werktätigen organisieren!

Werktätige! Reicht euch ein in die Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger- und Papendiktatur! Gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau, gegen jede weitere Verschlechterung euer Lebensbedingungen!

Für seine Partei gibt jeder, wirbt jeder und sammelt jeder!

Sammellisten und Marken für den Kampf-fonds der Einheitsfrontaktion in jedem Betrieb, jedes Kontor, jede Stempelstelle, jeden Verband und auf das Land!

Her zu uns! Im Kampf für die Arbeiter- und Bauernrepublik!

**Wählt Kommunisten! Liste 3.**

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

# Zum Lohnraub auch noch Entlassungen

So wird die Wirtschaft angekurbelt: Reichsbahn entläßt Arbeiter, um in den Genuß der fetten Prämien zu kommen — Die Eisenbahner-Gewerkschaftsbürokratie kümmert sich nicht um die Hungerlöhne — Die Eisenbahner müssen sich zur Einheitsfrontaktion zusammenschließen

Groß-Wandriß bei Viegny. Die Eisenbahnverwaltung hat am 15. September einige Zeitarbeiter entlassen, um sie im Oktober neu einzustellen. Dies geschah, um die fetten Prämien für Neueinstellungen, die durch die Papen-Verordnung jedem Unternehmer garantiert ist, auch für die Reichsbahn zu sichern. Die Arbeiter wären durchweg weiterbeschäftigt worden, wenn die Einstellungsprämie durch die Papen-Verordnung nicht gekommen wäre. Alle Arbeiter, die so am 15. September zur Entlassung kamen, mußten nun vierzehn Tage Karenzzeit durchmachen, ehe sie Unterstützung erhielten. Diese mußten sie bei ihrer Entlassung im Winter wiederholen.

Vier Wochen lang sind diese Eisenbahnarbeiter also ohne Lohn und Unterstützung.

Die Arbeiter erhalten einen Hungerlohn, der gerade so hoch ist, wie die Erwerbslosenunterstützung. So beträgt der Wochenlohn eines

verheirateten Arbeiters bei einem einzigen Regentag, an dem ausgezahlt wird, 11 Mark.

Die Kollegen vom Eisenbahnerverband warten seit Wochen vergebens, daß die Gewerkschaftsführer gegen diese Hungerlöhne etwas unternehmen. Auch gegen die Entlassungen der Arbeiter, um als Reichsbahn in den Genuß der Papen-Prämie zu kommen, wurde nichts unternommen. Unter den Eisenbahnern herrscht darüber große Erbitterung. Die Kollegen müssen sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Hungerlöhne zusammenschließen. Duldet nicht mehr länger den Kasernenhorden des Nazibetriebsleiters. Kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen alle Schikanen seitens der Eisenbahnverwaltung! Eisenbahner, lest die Zeitung der revolutionären Eisenbahneropposition!

# Korruptionsstumpf bei der Gewerkschafts-Bürokratie

Ströbel. Es ist ortsbekannt, daß dem Kassierer der hiesigen Zahlstellenverwaltung des Steinarbeiterverbandes fast bei jeder Vierteljahresabrechnung Beträge über 200 Mark fehlten. Bei den Revisionen gab der Kassierer Reimann stets an, daß ihn die Unterkassierer (!) um das Geld betrogen haben. Es wurde immer ein anderer Kollege beschuldigt. Herr Fleischer meißer Klein erklärte einmal, daß er „einen sehr guten Gewerkschaftskassierer“ kenne, welcher sich oftmals Beträge von einigen hundert Mark bei ihm geborgt hat, damit die Kasse bei der Revision stimme. Nach der Revision ist das Geld stets wieder zurückgebracht worden. Genosse Steiner machte die Kollegen hierauf aufmerksam und erklärte, daß die Kollegen sich einmal erkundigen sollen, ob nicht etwa Reimann der „gute Gewerkschaftskassierer“ ist. Der Steinarbeiterverband bzw. Reimann erklärte hierin eine Beleidigung und strengte eine Beleidigungsklage gegen Genossen Steiner an. In der vor kurzem vor dem Amtsgericht in Zobten stattgefundenen Verhandlung erschienen der Gaukassierer Senft in eigener Person. Senft mußte sich von dem Amtsrichter erst belehren lassen, daß er als Verteidiger nicht auftreten darf, da nur Rechtsanwälte zulässig sind. Senft mußte daher auf der Zuhörerbank Platz nehmen. Senft ist sicherlich nicht auf eigene Kosten von Viegny nach Zobten gekommen, so daß die Kollegen im Steinarbeiterverband die Kosten aus der Verbandskasse tragen müssen. Die von Reimann benannten Zeugen sagten aus, Genosse Steiner habe behauptet, daß Reimann der Betreffende gewesen sei, welcher sich des Geldes bei Herrn Klein das Geld geborgt habe. Genosse Steiner wurde daraufhin zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gegen dieses Urteil ist selbstverständlich Berufung eingelegt worden. Durch Zeugen wird festgestellt werden, daß die Zeugenaussagen unwahr sind, so daß sich diese Zeugen noch wegen Meineid zu verantworten haben. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß es der Reichsbanner und SPDist Nitsche war, welcher sich das Geld geborgt hat, damit die Kasse bei Revisionen stimmt. Es ist aber auch erwiesen, daß Reimann mehrmals Fehlbeträge von einigen hundert Mark hatte und immer einen Unterkassierer des Betrugs beschuldigte. Einen Beweis kann selbstverständlich Reimann nicht erbringen. Wenn auch nicht erwiesen ist, daß Reimann die Gelder unterschlagen hat, so ist doch fest, daß er unfähig ist, dieses Amt zu bekleiden.

Die Kollegen des Steinarbeiterverbandes müssen zu diesen korrupten Zuständen in der Zahlstelle des Verbandes sofort Stellung nehmen. Irgendwo müssen die fehlenden Gelder doch sein. Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen nicht dulden, daß derartig leichtfertig mit ihren Mitgliedsbeiträgen umgesprungen wird.

Kollegen, fordert sofort Rechenschaft in einer allgemeinen Mitgliederversammlung! Führt einen energischen Kampf gegen die korrupte und selbstzufriedene Gewerkschaftsbürokratie!

Nicht weniger ernst stellt die Frage bei dem Reichsbanner. Der SPD-Mann Nitsche, der nach der Feststellung vor dem Gericht einer „guten Gewerkschaftsführer“ ist, der sich immer bei dem Fleischermeister Klein einige hundert Mark borgte. Die Ge-

werkschaftskollegen, Reichsbanner- und SPD-Arbeiter müssen auch hier gegen den Stumpf Stellung nehmen.

Kollegen, schließt euch überall zu Oppositionsgruppen zusammen! Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit könnt ihr nur im schärfsten Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie leisten!

## Hungerlöhne in der Grenzlanddruckerei Schömburg

(Arbeiterkorrespondenz.)

Schömburg. Ein Arbeitsloser, der keinen Pfennig Unterstützung erhält, hat sich der Grenzlanddruckerei Rod & Co. in Schömburg, in der das „Schömburger Stadtblatt“ gedruckt wird, zur Abfuhr von

# Jungbergleute werden für den Krieg gedrillt

Gasmaskenausbildung der Jungkameraden auf Bahnschacht, um im Ernstfall eingesetzt zu werden.

Waldburg. Vor einigen Tagen kamen einige Jungbergleute des Bahnschachtes in die Wohnung eines KPD-Genossen und berichteten über folgende Kriegsvorbereitungen:

Der Diplom-Ingenieur Andrüg, ein strammer Nazimann, ergabte gestern während des Schulunterrichts, daß die Bergjungleute nunmehr zu Gruppen von 10 bis 20 Mann zusammengefaßt würden, um Ausbildung mit Gasmaske zu erhalten.

Diese Ausbildung sei dazu gedacht, daß die Bergjungleute im Ernstfall eines Gasangriffs eingesetzt werden könnten.

Diese Rede löste innerhalb der Jungbergleute eine Empörung aus, da dieselben es ganz richtig als nichts anderes als eine Militärausbildung für einen kommenden Krieg betrachten.

Dieser Fall der Militarisierung der Jugend ist nicht ein Versuch eines Diplom-Ingenieurs, sondern nur ein kleiner Teil einer breit angelegten Militarisierungswelle der Bourgeoisie. Wie sagte doch der Oberbürgermeister von Düsseldorf in einer Sitzung von Vertretern aller Jugendorganisationen?

„Der Sport allein genügt nicht mehr, die deutsche Jugend muß lernen, mit der Waffe umzugehen!“

Was bedeutet es anderes als wie eine Aufrüstung und Militarisierung der Jugend, wenn in den Arbeitsdienstpflichtlagern die Jugendlichen unter dem Namen „Wehrsport“ zu Rekruten gedrillt, und, wie im Arbeitsdienstlager in Silberberg im Guttengebirge, die Dienstpflichtigen Schießen lernen. Was anderes als Militarisierung bedeutet die Verordnung Hindenburgs zur „Erziehung der Jugend“, in der die wehrsportliche Ausbildung an erster Stelle steht



## Rettet die Opfer von Scottsbourough!

Zeitungen, Druckmaschinen usw. zur Verfügung gestellt. Der Arbeiter mußte per Rad monatlich eine Strecke von 500 Kilometern und mehr, zumeist im Kreise Landesgrenzen, zurücklegen. Für diese Arbeit erhielt der Betroffene ganze 3 Mark, die ihm zudem noch acht Wochen lang zurückbehalten wurden. Gegen eine derartig unerhörte Ausbeutung müssen die betroffenen Arbeiter ganz energisch anzukämpfen und tarifliche Entlohnung fordern!

und ehemalige Offiziere und Faschistenkommandeure das Kommando führen werden? Das bedeutet nichts anderes als wie

stärkste Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion!

Diese Tatsachen müssen für die proletarische Jugend ein Signal sein, fest und untrennbar in einheitlicher Front zusammenzutreten und den Kampf zu führen gegen die Militarisierung der Jugend. Lehnt die Ausbildung in Gasmasken ab! Verhindert die Durchführung der Hindenburg-Jugendverordnung! Kämpft gegen jede Kriegsrüstung! Verteidigt die Sowjetunion, das Vaterland aller Werktätigen!

## Bauarbeiten am Lagenberg sollen eingestellt werden

Bauarbeiter werden arbeitslos — So furbelt Papen die Wirtschaft an!

Waldburg. Bei den reichsweiten Wohnungsmangels am Lagenberg beruht unter den dort beschäftigten Bauarbeitern keine Emvörung über die Anweisungen der Bauleitung (Land- und Baugesellschaft). Die Bauten, die völlig trocken unter Dach kommen, sollen nach Anweisung der Vorgesetzten nur eingedeckt werden und dann liegen bleiben, so daß die ausführenden Firmen im Laufe dieser und nächster Woche die Arbeiter einstellen und die Bauarbeiter entlassen müssen. Die Bauten aber, die, wie schon betont, völlig trocken sind, konnten jetzt ohne weiteres noch gepuzt und fertiggestellt werden. Die Arbeiter hätten damit noch eine ganze Reihe Wochen Arbeit. Bei diesen Arbeiten erweckt es aber den Anschein, als ob man die Bauten in ihrer Ausführung bewußt sabotierte, denn erst mußten die Leute feiern, weil keine Verantwortung da war, das zweitemal mußten verschiedene Firmen drei bis vier Tage mit dem Arbeiten aussetzen, weil keine Türhüter da waren, und jetzt will man die Neubauten ganz fertigstellen,

troßdem viele hunderte Wohnungsuchende und solche, die in elenden Kuchern hausen müssen, auf Fertigstellung warten.

Wenn man in Betracht zieht, daß die meisten dort Beschäftigten bis zur Stilllegung knapp sieben Wochen gearbeitet haben, somit wieder eine Karenzzeit am Arbeitsamt von vierzehn Tagen bis drei Wochen machen müssen, also praktisch vier Wochen ohne Geld sind, da versteht man die Erregung der Bauarbeiter. Das Verhalten des Magistrats kann man nicht verstehen, denn gerade er müßte doch das größte Interesse an der Fertigstellung haben, aber ausweichend ist dem nicht so. Der SPD-Oberbürgermeister Herr Schubert war wohl einmal bei einem Spaziergang fünf Minuten durch die Baustellen gelaufen, aber über das Wie und Wo erkundigte er sich nicht; wohl redete man von dieser Seite immer große Töne, aber die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Von seiten der Gewerkschaftsbürokratie vom Baugewerksbund ist für diese Sache auch kein Interesse vorhanden. Daraus kommt wohl ein oder zweimal auf die Baustelle, aber seine ganze Arbeit besteht darin, zu fragen, ob alles organisiert und somit das Gehalt für ihn und Familie noch gesichert ist. Für die Not der Kollegen haben diese beiden kein Verständnis. Kollegen, wie sie die Arbeitenden kennen, verspüren sie nicht.

Kollegen! Wenn man in Sowjetrußland Arbeiten sabotieren würde, wie das hier geschieht, dann würden diese Leute sofort bestraft werden; aber im kapitalistischen Deutschland kann alles, was sich gegen die arbeitende Bevölkerung richtet, ungestraft geschehen. Kollegen Bauarbeiter, beauftragt eure Delegierten, daß sie sich gegenwärtig in Verbindung setzen und damit insgesamt einen Druck auf die zuständigen Stellen ausüben, damit die Bauten soweit als möglich fertiggestellt werden.

Erkennt weiter daraus, daß es in einem kapitalistischen Staat niemals für die Arbeitenden eine Verbesserung gibt, die von Bestand ist. Kämpft mit den oppositionellen Kollegen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition, mit den Kommunisten, für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland!

## Faschistischer Landrat im Kreis Guhrau verordnet

# 25% Unterstützungsrab für Wohlfahrtserwerbslose

Mit 28 Pfennig sollen die Erwerbslosen leben — Unerhörte Beschimpfung der Erwerbslosen durch den Landrat — Erwerbslose, kämpft in einheitlicher Aktion gegen den Unterstützungsrab!

Guhrau. Nachdem es den Deutschen gelungen ist, einen feindlichen Landrat ihres Schlags auf dem Landratsamt in Guhrau unterzubringen, will dieser jetzt auf seinen Feinden zeigen und den Großagariern auf Kosten der Wohlfahrtserwerbslosen zu Gelde verhelfen. Es ist hier schon alles möglich zum Schaden der ausgehungerten Erwerbslosen geleistet worden. Wir erinnern nur an die unglückliche „Winterhilfe“ des vorigen Winters, wo die ganzen Sachen so hintenherum verschwunden sind, ohne den gewählten Vertrauensmann bei der Verteilung zuzuziehen. Es ergeht wieder der Aufruf zur Sammlung für die Kollektenden unter dem Titel der „Hindenburg-Spende“. Die Kaufleute und kleinen Geschäftsleute müssen es ablehnen, für diese Spende etwas zu geben, denn die Bedürftigen werden davon so wenig wie im vorigen Winter erhalten.

Der neue Landrat, mit Monatel, feindlichem Mercedes-Benz (Typ Nürnberg, Achtzylinder), eigenem Chauffeur, doppelter Jagdausrüstung ausgerüstet, erlaubt sich, in skandalmäßiger Weise gegen die Wohlfahrtserwerbslosenempfänger mit Hilfe der Gammelnährer vorzugehen.

Dieser Mann müßt einer Familie von vier Köpfen zu, mit 7,00 Mark die Woche noch „gut leben“ zu können.

Es werden allen Wohlfahrtserwerbslosenempfängern 25% gekürzt, angeblich für Mieten. Von 28 Pfennig pro Tag sollen die Erwerbslosen leben!

Ein Entrüstungsschrei sondergleichen geht durch die Reihen der ausgehungerten Erwerbslosen, deren Frauen und Kinder im gesamten Kreise. Wehe, wenn es einem Proleten noch gelingt, eine Kasse, ein Namending oder gar noch ein Ferkel zu füttern. Unter der Lupe des Monatelträgers sind das alles noch „gute“ Dinge und gut lebende Leute“, trotzdem diese sich das Futter für das Tier von der Unterstützung abgedarbt haben.

Als der von den Erwerbslosen gewählte Vertrauensmann bei dem feindlichen Monatelträger im Interesse der Erwerbslosen vor sprach und gegen den Unterstützungsrab protestierte, wurde er gleich einem Stück Vieh angegrinst:

„Es gäbe bei ihm keinen Vertrauensmann, er dulde keinen, er werde es den Leuten schon zeigen; warum machen sie hinder!“

brüllte dieser Monatelträger los. Der Vertrauensmann wurde hinausgeworfen und die Gammelnährer angerufen. Eine besonders traurige Rolle spielte Herr Fröhlich; dieser Mann, der auf dem Wohlfahrtsamt sitzt, brachte es fertig, die Wahl und Bestätigung des Vertrauensmannes abzuleugnen. Erwerbslose, heraus zur Selbsthilfe! Heraus zum Protest ob dieser unerhörten Zumutung, mit 28 Pf. den Tag gleich den chinesischen Kulis zu leben.

Die hungernden Erwerbslosen haben ihren Frauen und Kindern gegenüber, die sonst verhungern würden, die verdamnte Pflicht, sich zur Wehr zu setzen. Daß um so mehr, wo teilweise an Wohlhabende, wie in Tschirnau im Fall Frau Kunze und Wede, Wohlfahrtsgelder verschwendet werden, um deren Kinder aufs Gymnasium und ins Sanatorium zu bringen.

Erwerbslose, die ihr ein Leben lang geschuftet und gedarbt habt, euch, steht in erster Linie das Recht zu, zu fordern, daß eure ausgehungerten Kinder in die Sanatorien geschickt werden.

Darum müßt ihr kämpfen! Stellt euch einmütig hinter euren Vertrauensmann! Schließt euch zusammen zur Einheitsfrontaktion gegen den Unterstützungsrab! Duldet nicht, daß man euch auch nur einen Pfennig raubt. Durch gemeinsamen Kampf außerhalb dem Parlament könnt ihr das verhindern. Demonstriert am 6. November euren Kampfwillen für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, indem ihr eure Stimme den Kommunisten, Seite 3, gebt!

# 155 000 kommunistische Stimmen in Schlesien

Viele unserer Wähler lesen noch nicht die kommunistische Presse, sind also noch nicht ständig und richtig informierte revolutionäre Kämpfer, hinein mit der Parteipresse in die Wohnungen der Werktätigen! Steigert die Pressewerbung!

## A Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Breslau u. Umgebung

<p><b>Zentrum</b></p> <p><b>Albert Gutsche, Reuschestr. 32-33</b> bekannt als leistungsfähig in <b>Leder- und Schuhbedarfs - Artikeln</b> Zweigstellen: 0188 1. Grabschener Straße 19-21 2. Moltkestraße 14 3. Bohrauer Straße 43 4. Poststraße 7 <b>Einkaufsquelle sämtl. Werktätigen</b></p>	<p><b>Edeka Brot</b> Winnig, preiswert, frisch zu Backen Dr. Sieb Nimmst du Brot! <b>Nur zu haben in Edeka-Geschäften</b></p> 	<p><b>West</b></p> <p><b>Vogelfutter</b> nur bei <b>Ritter</b> Friedr.-Wilh.-Str. 63, Ecke Friedr.-Karl-Str. 9190</p>	<p><b>Lokale</b></p> <p>Verkehrslokal der Arbeiterschaft im <b>Nipke-Ausschank</b> Gertrudenstraße 15 9648</p>	<p><b>Süd</b></p> <p><b>Achtung Hausfrauen!</b> 9377 Kauft Eure Lebensmittel in der <b>Lebensmittel-Zentrale</b> Neudorfstr. 25, Ecke Sadowastr. zu den enorm niedrigen Preisen</p>
<p><b>Schuhvogel</b> Friedrich-Wilhelm-Straße 66 Scheitniger Straße 12, Ecke Adalbertstraße</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Paul Pusch, Friedr.-Wilh.-Str. 106</b> Feinkost- und Molkereiprodukte Sämtliche Kolonialwaren 9191</p>	<p><b>Brauerei-Ausschank</b> „Zur goldenen Marie“ <b>Frühstückstube</b> Breitestraße 39, Telefon 57185 9528</p>	<p><b>Molkerei und Milchgroßhandlung</b> Christoph Körner, Lebmggrabenstr. 5 9744</p>
<p><b>Adler, Phönix und Dürkopp</b> Nähmaschinen für Hausgebrauch, Heimarbeit u. Gewerbe Geringe Anzahlung, kleine Wochenraten — Madeln, Ersatz- und Zubehörteile, sowie Reparaturen aller Fabrikate <b>Josef Breulich, Mechanikmeister, Herrenstr. 24</b> 9542</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Bäckerei und Konditorei</b> <b>Paul Moczko</b> Leuthenstraße 63 9194</p>	<p>Besucht das <b>Zentral-Theater</b> 9512 Westendstraße 50-52</p>	<p><b>Kauf Helfen</b> Radio Schallplatten <b>Öffnenstraße 71</b> Telefon 31666 30154</p>
<p><b>Stoff-Schufftan</b> Herren- und Damenstoffe bekannt billig, reell 9283 <b>Herrenstraße Nr. 28</b></p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Oskar Laqua</b> Kolonialwaren 9193 Anderssenstraße 31</p>	<p>Besucht die beliebten <b>Oder-Lichtspiele</b> Weinstraße 33-35 9376 Die billigsten Eintrittspreise Die besten Tonfilm-Programme</p>	<p><b>Trebnitz</b> Kolonialwaren, Weine, Spirituosen Zigarren, Zigarretten u. Tabak bei <b>Raci Ritze, Trebnitz</b> 9844 Likörfabrik und Gaststätte</p>
<p><b>Lebensmittellhaus</b> Alfred Koller Harrasgasse 4-5 9281</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Lebensmittelhaus</b> 9282 <b>Heinrich &amp; Co.</b> Frankfurter Str. 154</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Möbel jeder Art</b> <b>Gebr. Milde</b> Neumarkt 9 9278</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Kauft beim selbstständigen Kleinhändler!</b> 9196</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Lebensmittellhaus</b> Alfred Koller Harrasgasse 4-5 9281</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Kolonialwaren</b> <b>R. &amp; J. Lux</b> Anderssenstraße 2 Leuthenstraße 52 9192</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Möbel jeder Art</b> <b>Gebr. Milde</b> Neumarkt 9 9278</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Paul Gebauer</b> Kolonialwaren u. Lebensmittel Posener Straße 27 und Frankfurter Straße 31 9189</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Lebensmittellhaus</b> Alfred Koller Harrasgasse 4-5 9281</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Molkerei-Produkte</b> <b>Marie Klab, Leuthenstraße 64</b> Frl. Schwertstr. 13 u. Nikolaiplatz 2 9386</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Möbel jeder Art</b> <b>Gebr. Milde</b> Neumarkt 9 9278</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Fahrräder, Motorräder</b> Reparatur-Werkstatt <b>Walter Kunze, Hildebrandstr. 17-19</b> 9388</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Lebensmittellhaus</b> Alfred Koller Harrasgasse 4-5 9281</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Kauft beim Inserenten!</b> 9382</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Möbel jeder Art</b> <b>Gebr. Milde</b> Neumarkt 9 9278</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Kolonialwaren</b> Obst u. Gemüse <b>Karl Hellmich</b> Pöpelwitzstr. 26 Tel. 568 22 9383</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Lebensmittellhaus</b> Alfred Koller Harrasgasse 4-5 9281</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Die billigsten und besten Lebensmittel bei</b> <b>Egon Kraus</b> Schweizerstr. 9 9384</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Möbel jeder Art</b> <b>Gebr. Milde</b> Neumarkt 9 9278</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Fischgeschäft</b> <b>Friedrich Hliver</b> Leuthenstraße 27 9195</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Lebensmittellhaus</b> Alfred Koller Harrasgasse 4-5 9281</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Emanuel Ksoll</b> <b>Molkerei</b> Breslau 6, Alsenstraße 21 5735</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Möbel jeder Art</b> <b>Gebr. Milde</b> Neumarkt 9 9278</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Rind- und Schweineschlächterei</b> <b>E. Heide</b> Rittermarkthalle Stand 26/27 30150</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>
<p><b>Lebensmittellhaus</b> Alfred Koller Harrasgasse 4-5 9281</p>	<p><b>Radio Reim</b> stets der Allerbilligste <b>An der Hauptpost</b> Eingang Katharinenstr. 9921 Reserviert R. 64 9917</p>	<p><b>Kaufhaus</b> <b>Mercur</b> Langestraße 12 Alles für d. Dame den Herrn - 9657 und das Kind!</p>	<p><b>Südost</b> Reserviert 42</p>	<p><b>Ohlau</b> Motorräder — Fahrräder Reparaturwerkstatt sowie alle Ersatzteile 9656 <b>Adalbert Eitel, Ring Nr. 14</b></p>

# Ist die NSDAP. gegen Streik, für Streikbruch?

Vom Reichskomitee der NSD. wird uns geschrieben:

Am Donnerstag, dem 22. September, erschien das Berliner Nazi-Blatt „Der Angriff“ mit einer Schlagzeile: „Streik gegen Lohnraub.“ Am 27. September hielt in einer Münchener Versammlung der dortige Nazi-Gauleiter Wagner eine Rede, in der er erklärte, jeder nationalsozialistische Arbeiter habe die Pflicht, einen wegen Lohnkürzung auf Grund der Notverordnung vom 4. September ausbrechenden Streik zu unterstützen. Am 28. September teilte der „Angriff“ mit, die Nazi-Gauleitung hat die SA-Streikbrecher, die auf dem Gut Eichstädt bei Berlin arbeiteten, zurückgezogen. Auf diesem Gut, das dem Nazi-Mieman gehört, streikten die Arbeiter gegen Lohnabbau. Die Nazi-Gauleitung schickte SA-Leute aus Neuruppin nach Eichstädt, um dort Streikbrucharbeiten zu verrichten. Jetzt sind die Streikbrecher zurückgezogen.  
Zu Beginn des schlesischen Metallarbeiterkampfes hat die Leitung der NSDAP. der NSD. die Anweisung gegeben, daß ihre Mitglieder sich am Streik nicht beteiligen dürfen. Und als in Miesty trotz dieses Befehls die Nazi-Arbeiter mitstreikten, hat daraufhin die Leitung öffentlich erklärt, daß auch die Mitglieder der NSD. sich am Streik zu beteiligen haben.

Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht. Hitler schließt den erwähnten Aufsatz mit folgenden Worten:

„Die Volksbetrüger und Volksverräter versuchen nun, den von ihnen selbst ruinierten Arbeiter gegen die Wirtschaft mobil zu machen. Nicht damit es ihm später besser ergehe. Nein, denn das Ergebnis eines jeden Streiks von heute kann, wirtschaftlich gesehen, nur ein noch schlimmeres Ende sein.“

Das ist die grundsätzliche Einstellung der NSDAP. zum Streik überhaupt und zum Streik in der Krise insbesondere. In Worten bejahen sie das Streikrecht des Arbeiters, unterordnen aber dieses Recht dem Wohl der „nationalen Wirtschaft“ und lehnen deshalb in der Krise den Streik unter allen Umständen ab.

Diese Einstellung zum Streik stimmt fast wörtlich mit der Stellung der Gelben überein. Wilhelm Schmidt, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des „Reichsbundes Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine“, schreibt in einer programmatischen Schrift, daß es Streiks geben kann, „die aus Gründen der Selbsterhaltung und Selbstachtung unter einem höheren Gesichtspunkt betrachtet werden müssen“. Nur solle der Streik, der ein „barbarisches, eines Kulturvolkes unwürdiges Kampfmittel“ sei, nach Erschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten angewandt werden.“ (Wilhelm Schmidt, „Die Wirtschaftsordnung von morgen“, Seite 66.)

Auch die Gelben lehnen also den Streik nicht unbedingt ab.

## Die Arbeiterschaft greift an

In der Einheitsfrontaktion gegen Lohnabbau und faschistische Diktatur. Der Wahlkampf muß eine Massenmobilisierung unter den siegreichen Fahnen des Kommunismus werden. Aus jeder Arbeiterwohnung, auf den Höfen, auf den Straßen —

## rote Fahnen heraus!

Trotzdem stört es sie nicht, ausgesprochene Streikbrecher zu sein. Die Nazis operieren in der Praxis etwas geschickter als die Gelben. Aber in der grundsätzlichen Einstellung zum Streik gibt es keinen Unterschied zwischen Hitler und Wilhelm Schmidt.

## Hat die NSDAP. ihre Stellung zum Streik geändert?

Ist sie von einer streikbrecherischen Partei zu einer streikbejahenden Partei geworden?

Es ist nicht das erste Mal, daß die NSDAP. ihr Herz für den Streik entdeckt.

Der Reichsparteitag der NSDAP. 1929 in Nürnberg sah einen Beschluß, wonach Streikbrecher aus der Partei ausgeschlossen werden. In den Satzungen der NSD. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) gibt es einen Punkt, wonach man für Streikbruch ausgeschlossen wird. Und das Ergebnis? In hunderten Fällen hat die Presse Namen und Adressen von Streikbrechern, die Mitglieder der NSDAP. sind, gebracht. Einerlei, ob die Streiks von den Gewerkschaftsinstanzen sanktioniert waren oder nicht, die Streikbrecher wurden von der NSDAP. und NSD. nicht ausgeschlossen. Es ist bisher kein einziger Fall bekannt, daß jemand aus diesen Organisationen wegen Streikbruch ausgeschlossen wurde. Diese Punkte in den Satzungen der NSDAP. und NSD. haben also nur dekorative Bedeutung.

Herbst 1930, 120 000 Berliner Metallarbeiter stehen im Streik. Die Berliner Gauleitung der NSDAP. erklärt, der Streik sei berechtigt, er sei ein „notwendig gewordenen Kampf“. Ende Oktober, in den Tagen des Streikabbruchs, findet in Dresden eine Tagung der sächsischen Metallindustriellen statt. Der wirtschaftspolitische Leiter der NSDAP., Dr. Wagner, spricht auf dieser Tagung über die Stellung der NSDAP. zum Berliner Metallarbeiterstreik. Und was sagte der Beauftragte Hitlers? Hier der Bericht des „Berliner Tageblatt“ vom 29. Oktober 1930 über Dr. Wagners Rede:

„Hitlers Stellvertreter (Wagner) gab eine Erklärung ab, die selbst die Erwartung der Metallindustriellen übertrifft wird. Wagner verzichtete nicht nur darauf, den Standpunkt der Arbeiter gegenüber dem der Industriellen zu vertreten, sondern entschuldigte sich vor den Industriellen, daß die Nationalsozialisten den Streik mitmachten. Es sei der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei nicht möglich gewesen, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu verbieten, denn sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten.“

Man sieht, wie es mit dem „Kampf“ der NSDAP. steht. Will man sich eine Vorstellung über die Einstellung der NSDAP. zum Streik machen, muß man ihre programmatischen Äußerungen auf diesem Gebiet hören.

## Hitler hat keine Streiktheorie

Wie sieht sie aus?

Hitler nimmt ausführlich in „Mein Kampf“ zum Streik Stellung. Außerdem ist vom „Völkischen Beobachter“ vom 5. November 1930 ein Aufsatz zum Berliner Metallarbeiterstreik erschienen, der die Stellungnahme der NSDAP. zu Streiks in der Krise darlegt.

Der Streik wird von Hitler im Prinzip bejaht, „soweit kein nationalsozialistischer, völkischer Staat besteht“. Aber der nationalsozialistische Arbeiter und Angestellte darf niemals vergessen, daß „die Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeutet“. Der Streik, „der in seinen Folgen als Produktionsverminderung stets die Volksgemeinschaft insgesamt schädigt, sei immer ein Uebel, das aber ab und zu angewandt werden kann.“ („Mein Kampf“, 11. Auflage, Seite 676/77.)

„Jeder berechnete Lohnanspruch — schreibt Hitler weiter — muß seine Verteidigung finden. . . Freilich liegt bei jeder Forderung das Gewicht auf dem Wort: berechnigt.“ Wann ist die Lohnforderung des Arbeiters berechnigt? Wenn sie der „nationalen Wirtschaft“ keinen Schaden zufügt. Für das Deutschland der Krisenjahre

## lehnt Hitler jeden Streik kategorisch ab:

„Wenn man nun in der jetzigen Situation Deutschlands wirtschaftliche Forderungen der Arbeitnehmer vom Standpunkt der Berechnigung untersucht, dann wird einem freilich der erste Blick sagen, daß die Vernunft dagegen ihren Einspruch erhebt, weil die gesamte Wirtschaft an sich vor dem Zusammenbruch steht.“ („Völkischer Beobachter“, 5. November 1930.)

Die Gehaltengänge Hitlers in bezug auf Streik sind demnach sehr klar. Nur dann ist ein Streik zu bejahen, wenn die Lohnansprüche der Arbeiter berechnigt sind, berechnigt vom Standpunkt der „nationalen Wirtschaft“. Die Blüte der „nationalen Wirtschaft“ ist — wohlgenannt: Hitler spricht ausdrücklich von der Gegenwart, nicht von dem projektierten „Dritten Reich“ — sei zugleich das Glück des Arbeiters. In der Krise seien Streiks abzuwehren, da die gesamte

## Die NSDAP. erklärt den Streik in der kapitalistischen Gesellschaft für ein Uebel

daß trotzdem ab und zu angewandt werden kann; in der Krise wird der Streik vorbehaltlos abgelehnt. Macht sie einen Streik mit, so aus irgendwelchen taktischen Gründen. Bei dem Berliner Metallarbeiterstreik 1930 hieß es, man müßte den Streik mitmachen, „sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten“ (Dr. Wagner in Dresden). Jetzt ist es abermals die Rücksicht auf die rebellierenden Arbeiter- und Angestellten-Elemente in der Partei und in der Wählerschaft, die die Entfremdung der SA-Streikbrecher auf dem Eichstädt Gut diktiert. Das sind machtaktische Manöver, weil die wertvollen Anhänger der NSDAP. in Scharen davonlaufen. Das resultiert nicht zuletzt aus dem „Kampf“ gegen Papen. Oder glaubt jemand, die Nazis hätten Streiks „mitgemacht“, wenn Naziminister mitregierten?

„Streik gegen Lohnraub“, schreiben sie. Was machen sie, um diese ihre Parole in die Tat umzusetzen? Was machen sie, um ihre Anhänger unter den Angestellten in den Kampf zu führen? Was macht einer der ältesten Naziführer Stöhr in der Leitung des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes, um den Gehaltsabbau bei den Angestellten abzuwehren? Was macht Stöhr und die Nazi-Betriebsräte bei den jetzigen Entlassungen und Gehaltskürzungen in den Berliner Großbanken?

Wenn die NSDAP. in diesen Tagen und Wochen sich nicht offen zum Streikbruch bekennen kann, so ist das nur ein Beweis, wie hart der Wille, den Lohnabbau durch Streik abzuwehren, innerhalb der deutschen Arbeiterschaft ist, welche gewaltige Sympathien sie bei allen wertvollen Schichten des deutschen Volkes hervorruft. Die Partei des Streikbruchs ist gezwungen, von Streik zu sprechen, so durchschlagend ist diese Parole heutzutage in den Betrieben und in den Arbeitervierteln.

Das war nicht immer so. Noch vor wenigen Monaten lehnten alle Parteien, von Nag Seydewitz bis Adolf Hitler, den

betrieblichen Streik ab. Nur die KPD. trug mit aller Entschiedenheit, hartnäckig und unbeirrt, den Gedanken des betrieblichen Widerstandes in die Massen. Reformisten, Gelbe und Nazis bekämpften während die streikenden Arbeiter, die auf die KPD. hörten. Jetzt sind fast alle für den betrieblichen Streik.

Viele hunderte betriebliche Streiks hat die KPD. in den letzten Jahren geführt. Die Gewerkschaftsführer lehnten die betrieblichen Streiks ab, weil angeblich die Erwerbslosen den Streikenden in die Arme fallen würden. Die NSDAP. proklamierte den Streikbruch und berief sich nur zu oft darauf, daß die Leipart und Ulrich die Streiks nicht sanktionierten. Jetzt überbieten sie einander in Liebeserklärungen für den betrieblichen Streik. Die Erwerbslosen sind keine Feinde, sondern Verbündete der streikenden Arbeiter; die SA-Streikbrecher mußten in bestimmten Fällen von den Nazileitungen zurückgezogen werden. Das ist die gewaltige Kraft der proletarischen Aktion. Dort, wo sie auf den Plan tritt, verstummen alle „Argumente“ der offenen und heimlichen Streikbrecher.

Die Arbeiter werden aber nicht vergessen, wer allein ihren Kampf bisher unterstützt hat. Die Streiks der letzten Wochen haben mit durchschlagender Gewalt den Millionen Arbeitern und Angestellten gezeigt: es gibt in Deutschland nur zwei Lager: das Lager des kapitalistischen Systems und das Lager des Kampfes gegen die kapitalistische Verelendung. Tiefen Widerstand organisiert und führt die KPD. und die kommunistische Partei. In diesem Lager sammeln sich alle vom Kapital Ausgebeuteten und Entrechteten. Deshalb: Alle, die gegen den Raub der Kapitalisten kämpfen wollen, sammeln sich um die KPD. und die kommunistische Partei.

Deshalb: SPD., Prolet, Naziprolet, parteiloser Arbeiter und Angestellter, her zu uns, zur Front des Widerstandes, zur Front des Kampfes gegen die Kapitalisten, gegen ihren Raub, gegen ihre Macht!

## Appell des Mikultschützer Kampfkongresses:

## Auch alle Arbeitslosen wählen Liste 3!

Mikultschütz, 10. Oktober. Der am Sonntag, dem 29. Oktober, stattgefundene Kampfkongreß in Mikultschütz nahm einstimmig nachfolgende Entschlieung an:

### Entschlieung

„Bei der Behandlung der Kampfaufgaben der Erwerbslosen Oberchlesiens nimmt der am 9. Oktober tagende Kongreß gleichfalls Stellung zu den Reichstagswahlen am 6. November. Der Kongreß steht auf dem Standpunkt, daß die Erwerbslosen vom Parlament keine Sicherung und Durchsetzung ihrer Forderungen zu erwarten haben. Nur im außerparlamentarischen Massenkampf, zusammen mit den Betriebsarbeitern, kann der Kampf gegen Hunger und Unterdrückung erfolgreich geführt werden. Darum müssen alle Kräfte zur Verstärkung der revolutionären Kampffront gewonnen werden. In diesem Sinne ist die Stimmabgabe für die KPD., Liste 3, zur Reichstagswahl am 6. November, als der einzigen revolutionären Partei der Arbeiter und Werktätigen, für den erfolgreichen außerparlamentarischen Massenkampf für die Arbeiterforderungen von größter Bedeutung.“

Deshalb appelliert der Kongreß an alle Erwerbslosen Oberchlesiens als Zeichen ihres geschlossenen Kampfwillens gegen Unterdrückung und Hunger — für ausreichende Winterhilfe — am 6. November die Liste 3, Kommunisten, zu wählen!“

## Berteidigt die kommunistische Presse!

Bremen, 1. Oktober. Die Begründung für die Beschlagnahme sämtlicher Maschinen der Arbeiterdrucker, in der die „Arbeiter-Zeitung“ gedruckt wird, liegt jetzt vor. Der Oberreichsanwalt hat die Beschlagnahme angeordnet, weil gegen den verantwortlichen Redakteur der legal erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“, den Genossen Potzrus, ein Hochverratsverfahren eingeleitet wurde, und zwar wegen einiger Artikel, die in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen sind.

Der Oberreichsanwalt führt zur Begründung der Beschlagnahme den § 86a des Strafgesetzbuchs ins Feld, wonach Gegenstände, mit denen hochverräterische Handlungen begangen wurden, beschlagnahmt werden können.

Der Beschluß des Oberreichsanwalts ist ein Alarmsignal für alle Arbeiter. Durch solche Maßnahmen sind alle Druckereien bedroht, in denen kommunistische Zeitungen hergestellt werden. Höchst gefahrlos und legal wird auf diese Weise die falschliche Knebelung der KPD.-Presse durchgeführt.

Kein Arbeiter, kein Werkstätiger darf da untätig bleiben. In Betrieben, Stempelstellen, Häuserblocks faßt Protestbeschüsse und

bildet Verteidigungsausschüsse für die kommunistische Presse! Nützt alle auf zum Kampf für die Verteidigung eurer Zeitungen! Buchdrucker bürgerlicher Druckereien, übt aktive Solidarität! Als Zeichen eures Kampfwillens für die volle Freiheit der kommunistischen Presse gebt ein Millionenbekenntnis am 6. November für die Liste 3 ab!

## Dänische Maßnahmen gegen die Kontingentierung

Wie aus einer Eingabe der Deutsch-Dänischen Wirtschaftseinigung zu ersehen ist, zeigen sich die Auswirkungen der Kontingentierungsbeschlüsse der Papen-Regierung immer mehr in dänischen Gegenmaßnahmen.

Auf der englischen Industrieausstellung in Kopenhagen haben englische Firmen dänische Millionenaufträge erhalten, die sonst zum größten Teil nach Deutschland gegangen wären.

Die dänischen Molkereien haben ferner beschlossen, nur englische Milchflaschen zu verwenden.

Die dänischen Schlachtereigesellschaften haben jetzt einen Auftrag von 250 000 dänischen Kronen für Verpackungsmaterialien nach England statt nach Deutschland gegeben.

Die Kosten der Kontingentierungspolitik der Papen-Schleiser-Regierung trägt die deutsche Arbeiterschaft, die mit neuen Entlassungen und mit neuer Verteuerung der Lebensmittel bedroht wird.

**Uebt praktische Solidarität!**  
Zeichnet auf die Sammelisten der IAH. zur Unterstützung der streikenden Kollegen!

## Kartoffeln für die Erwerbslosen!

### Meldung des bürgerlichen Handelsdienstes:

„Die Kartoffelernte 1932 wird einschließlich derFrühkartoffeln rund 45,33 Millionen Tonnen betragen. Die Ernte ist um 1,46 Millionen Tonnenhöher als die Vorjahrsernte.“

Eine Rekordernte an Kartoffeln, aber Millionen Erwerbslose haben nicht einmal genügend Geld, um sich Kartoffeln kaufen zu können. Die riesige Ernte wird an die Schweine verfüttert oder zu Spiritus verbrannt. Nur ein kleiner Teil — etwa fünf Millionen Tonnen — sind für die menschliche Nahrung bestimmt.

Wir fordern als Winterhilfe für die Erwerbslosen, daß aus Reichsmitteln Kartoffeln unentgeltlich für die Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden! Kämpft in Betrieb und Stempelstelle in einheitlicher Front für diese wirkliche Winterhilfsaktion zugunsten der Erwerbslosen!

# RUND UM DEN ERDBALL

## Der größte Staudamm der Welt

am 10. Oktober am Dnjepr feierlich eröffnet — Das ist Kulturbolschewismus

Am 10. Oktober erfolgt in Kischinas die feierliche Inbetriebnahme des größten Kraftwerkes der Welt, „Dnjeprstroi“, dessen Grundstein im November 1927 gelegt wurde. In fünfjähriger Arbeit errichteten Zehntausende Werktätiger der Sowjetunion in Strohbrigadenarbeit und sozialistischem Wettbewerb mit der Unterstützung ausländischer Fachleute und Techniker fünf Turbinen mit einer Gesamtleistung von einer halben Million Pferdekraften. Das Wasserkraftwerk beliefert das im Bau befindliche Industriekombinat mit einer Elektroenergie von 160 000 Volt Starkstrom, der größten Stromstärke der Sowjetunion. Weitere vier Turbinen werden bis zum Jahre 1933 gebaut, so daß sich die Gesamtleistung des Dnjeprstroi auf 810 000 Pferdekraften und auf die Lieferung von drei Milliarden Kilowattstunden Strom erhöhen und damit zur größten Energiequelle der Welt werden wird.

Zum Antrieb der Turbinen wurde der größte Staudamm der Welt, dessen Länge 766 Meter und dessen Gesamthöhe (mit der Lausbrücke für die Krane) 60 Meter beträgt, errichtet. Durch diesen Staudamm wird der Wasserpegel um 43 Meter gehoben. Der Staudamm besteht aus 48 Bögen, die zwecks Regulierung der Wasserzufuhr zu den Turbinen durch eiserne Sperren, die 48 Tonnen wiegen, geschlossen und geöffnet werden können. Durch die Sperren wird der Wasserpegel gehoben und der ganze Dnjeprlauf schiffbar gemacht.

Der Staudamm ist auf dem linken Ufer mit einer Riesenschleuse versehen, die die Schiffe innerhalb zwei Stunden von Wasserpegel zu Wasserpegel heben und senken kann. 52 Meter hoch (gemessen vom unteren Wasserpegel) läuft auf dem Staudamm eine breite Chauffee für Auto-, Straßenbahn- und Fußgängerverkehr, die zum neuen Industrieviertel am linken Ufer führt. Hier, wo vor zwei Jahren noch kahle Steppen waren, entsteht ein gewaltiges Industriekombinat, bestehend aus einer Aluminiumfabrik, einem Werk für Eisenlegierungen und einem

Schlittenwerk (12 Betriebe), mit einer Produktion von 1 200 000 Tonnen Roheisen. Alle diese Werke werden durch den Strom des Dnjeprkraftwerkes betrieben, darüber hinaus versorgt das Kraftwerk die Städte Dnjepropetrowsk und die neuerrichtete Großstadt Saporoschje mit elektrischem Strom. Die neue Stadt Saporoschje, in der die Werktätigen, Techniker und Fachleute des Industriekombinats Dnjeprstroi wohnen, hat bereits 120 000 Einwohner. Sie hat die modernsten Einrichtungen.

Zur Eröffnungsfeier treffen in Kischinas Mitglieder der Sowjetregierung und des Zentralkomitees der KPSU., Delegationen aus den Betrieben des ganzen Landes, ausländische Arbeiterdelegierte sowie Pressevertreter aus aller Welt ein. Am Tage der Eröffnung des Betriebes wird eine Sondernummer der Zeitung „Proletariat des Dnjeprstroi“ erscheinen, mit Beiträgen von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren, mit Zuschriften von ausländischen Schriftstellern sowie mit Begrüßungsschreiben und Schilderungen des Dnjeprstroi von Upton Sinclair, Egon Erwin Kisch, John dos Santos, Wéla Illes, Bruno Zaslenski und anderen.

## Indischer Geheimfender

— beunruhigt britischen Imperialismus

Die politische Polizei Indiens ist seit einigen Tagen unablässig bemüht, eine geheime Sendestation zu finden, die Indien beunruhigt, indem schwere Anwürfe gegen die Engländer in englisch, hindostanisch und tamil in diesem Sender verbreitet werden. Bisher hat man nicht einmal den Ort finden können, an dem der Sender aufgebaut ist. Die verschiedenen Versuche, durch Auffangen der Nachrichten von mehreren verschiedenen Plätzen aus einen Fingerzeig zu bekommen, sind fehlgeschlagen. Man hat jetzt die Vermutung, daß der Sender sogar beweglich montiert ist, so daß er — trotz einer außerordentlichen Leistungsfähigkeit — transportiert werden kann.

Bier Verhaftungen hat man bis jetzt vorgenommen. Darunter ist ein bekannter Hindu-Führer der gleichzeitig Radiohändler ist. Ferner hat man einen Mahomed Fathalli festgenommen, der einer der besten Radiospezialisten unter den Eingeborenen Indiens ist. Er hat seine Ausbildung in Amerika erhalten und stand in unmittelbarer Beziehung zu einem Enkel des Badraddin Tjabbij, der lange Zeit Richter beim High Court gewesen ist.

Die erfolgten Verhaftungen sind freilich Festnahmen auf Grund von Annahmen, die sich erst noch bestätigen müßten. Inzwischen arbeitet der Sender auch weiter — zum Grauen aller Engländer, Indiens, die entsetzt den Apparat abstellen, wenn der Geheimfender seine Sendungen beginnt.

## Spinale Kinderlähmung geht zurück

Dillenburg, 10. Oktober. Im Dillkreis und im Kreise Friedlos wurden seinerzeit zuerst Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung festgestellt. Der Krankheitsherd konnte rechtzeitig lokalisiert werden, so daß außer bei einem zwölfjährigen Mädchen aus Niederhild im Dillgebiet keine Todesfälle zu verzeichnen waren. Im hessisch-rheinischen Ort Oberdillien war, wahrscheinlich durch Einschleppung, ein Fall spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen. Im Kreise Wittgenstein trat die Krankheit häufiger auf; in Verleburg ist ein Sechzehnjähriger gestorben. Im hessisch-sauerländischen Saarlouis waren besonders die Ortschaften Hegggen, Maunke, Wilheim von der Seuche heimgesucht worden. Das Gebiet an der Rheinprovinzengrenze ist leuchtend, dagegen werden aus dem Hessischen weitere Erkrankungen und aus Oberrhein ein Todesfall gemeldet.

## Lehrer als Hittlichkeitsverbreiter

Wuppertal, 10. Oktober. Die Große Strafkammer verurteilte den früheren Lehrer Paul v. D. H. aus Raddebornwald wegen Verbrechens gegen Paragraph 176 Abs. 3 in 14 Fällen und gegen Paragraph 174 Abs. 1 in einem Falle zu fünf Jahren Gefängnis. Es bleibt damit bei der vom Schöffengericht in der ersten Instanz festgesetzten Strafe. In der Urteilsbegründung heißt es, daß an sich für jeden der 15 Fälle, die schuldlich nicht vorstellbar seien, die Höchststrafe von zehn Jahren Zuchthaus am Platz gewesen sei, wenn nicht der Angeklagte erdlich belohnt sei.

## Schwere Verkehrsunfälle am Sonntag

Im Laufe des Sonntags ereigneten sich einige schwere Verkehrsunfälle. In Mariendorf stießen in der Fürstenstraße an einer Straßenkreuzung zwei Motorräder zusammen. Beide Maschinen gingen in Trümmer. Die Führer der Krafträder, der 26jährige Herbert Hartkopf aus Neukölln, seine Ehefrau und der 20 Jahre alte Kurt Kadel, in Tempelhof wohnhaft, wurden mit schweren Knochenbrüchen und Schädelverletzungen in das St. Joseph-Krankenhaus gebracht.

Bei einem weiteren Motorradzusammenstoß in der Grunewaldstraße führte der Polizeihauptwachmeister Karl Güttel von der Kraftfahrabteilung Treptow und wurde mit inneren Verletzungen in das Staatskrankenhaus geschafft. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

An der Windmühlstraße Ede Pestalozzistraße rief ein Personenauto mit einem Radfahrer zusammen. Der Radfahrer wurde mit einem Schädelbruch in das Westend-Krankenhaus gebracht.

## Gronau auf dem Ozean niedergegangen

Manila, 10. Oktober. Die hiesige Funkstation hat Notsignale des deutschen Reglers von Gronau aufgefangen, die besagen, daß er wegen eines Motordefekts gezwungen gewesen sei, auf dem indischen Spean nordwestlich von Swettenham (Straits Settlements) niederzugesinken.

Nach einer späteren Mitteilung ist als Positionsangabe des Reglers 14 Grad 20 Minuten nördlicher Breite und 97 Grad 10 Minuten östlicher Länge verstanden worden.

Ein weiterer Funkpruch von Gronau besagt, daß er mit einem Wasserflugzeug etwa 200 Meilen südlich von Rangun bei hohem Seegang treibe. Sein Weitergang auf See sei durch Bruch der Wasserpumpe verursacht worden.

## Gefährliche Begegnung

Eine gefährliche Begegnung hatte ein Landwirt, der abends mit seinem Fahrrad nach Steesow unterwegs war. Auf der Fahrbahn stellte sich ihm plötzlich ein Hirsch entgegen, der wahrscheinlich durch das Lampenlicht des Radfahrers geblendet worden war. Bei dem Zusammenstoß drang dem Landwirt das Gemäuh in die Backe, so daß der Verletzte sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

## Vor der Fürstenhochzeit in Koburg

Ein Blick in das Wohnzimmer der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Koburg-Gotha auf der Veste Koburg, wo sie sich am 22. Oktober mit dem Prinzen Gustav Adolf von Schweden vermählen wird.



## Mord an einem Chauffeur

Führerloses Auto rast gegen Chauffeebaum — Mörder noch unbekannt

Berlin, 10. Oktober. Am Sonnabend wurde auf der Chauffee Grünberg-Krossen a. D. ein schweres Verbrechen an einem Taxichauffeur verübt. Der 27jährige Taxichauffeur Paul Sarnowski aus Neusalz wurde am Steuer seines Taxis von mehreren Fahrgästen, die ihn in Krossen zu einer nächtlichen Ueberlandfahrt angenommen hatten, meuchlings ermordet.

Das Verbrechen wurde von einem Motorradfahrer, der von Krossen nach Grünberg fuhr, nach 10 Uhr abends entdeckt. Der Motorradfahrer bemerkte nämlich auf der linken Seite der Chauffee ein Taxi, das offenbar einen Verkehrsunfall erlitten hatte. Der Wagen stand halbseitig im Chauffeegraben und war auf einen Chauffeebaum aufgerannt, die Vorderachse war gebrochen und das Steuerrohr war dem Chauffeur, der leblos auf dem Führersitz saß, ins Gesicht gedrungen.

Der Wagen mußte nach der Ermordung des Chauffeurs führerlos über die Chauffee gerast sein und an den Baum angestoßen haben. Der Motorradfahrer alarmierte die Grünberger Polizei. Als diese kam und den Chauffeur aus dem zertrümmerten Wagen zog, entdeckte sie auch am Rücken des Chauffeurs Blut. Es wurde festgestellt, daß Sarnowski von einem Schuß aus einem 6,35-Millimeter-Kaliber-Revolver getroffen worden war. Es handelt sich hier offenbar um einen Raubmord, da bei der Leiche weder Geld noch Autopapiere gefunden worden sind.

Von den Verbrechern fehlt vor der Hand noch jede Spur. Wo sind diese zu suchen? In Neusalz fanden am Sonnabend und Sonntag die sogenannten „Glückstage“ statt, eine Art Jahrmart mit Verlosungen, zu dem aus der ganzen Umgebung Gäste kamen. Die Mörder dürften offenbar den Kreisen dieser Gäste entstammen.

## Ein Gefandter ausgerückt

Wien, Mitte Juli verschwand plötzlich aus Wien der bis dahin hier als argentinischer Gefandter tätig gewesene General Martin G. Bortogaran. Auch heute ist der Aufenthaltsort des Herrn Bortogaran den Behörden unbekannt. Es meldeten sich in der letzten Zeit aber zahlreiche Personen, denen der ehemalige Gefandte namhafte Beträge schuldig ist. Diese Personen haben sich zu einer Aktion zusammengeschlossen und beantragten bei Gericht die Bestellung eines Abwesenheitskurators für den verschwundenen Gefandten, um die Möglichkeit zu haben, die Forderungen gegen ihn geltend zu machen. Diesem Antrage wurde auch stattgegeben und als Kurator der Rechtsanwalt Dr. Robert Brunner bestellt.

Die Leningrader Leichtindustrie hat in der zweiten Septemberdekade ihre Produktion um 3 800 000 Rubel im Vergleich zur ersten Septemberdekade gesteigert. Vom 1. bis zum 20. September haben die Fabriken für Leichtindustrie Gegenstände für 50 265 000 Rubel gegen 39 830 000 Rubel in den ersten 20 Augusttagen produziert.

Die Produktionssteigerung bezieht sich auf 26,2 Prozent.

Anfang des Jahres 1933 wird in der Siedlung Konstantinowo (Iwanowster Gebiet) der Bau einer neuen Fabrik für synthetische Jette in Angriff genommen. Das wird die erste Fabrik in der UdSSR sein, in der Jette, hauptsächlich Seife, aus Kohlenwasserstoff, Erdöl und Paraffin produziert werden. Das Werk wird 1933 in Betrieb gehen und schon im Laufe dieses Jahres 10 000 Tonnen Jettprodukt liefern.

## Bürgermeister bringt seine Familie um

Auerbach, 10. Oktober. Der 37 Jahre alte Bürgermeister in Scharfanne, Hoimann, hat seine 35 Jahre alte Frau, seinen elfjährigen Sohn und seine neunjährige Tochter im Bett mit einem Beil erschlagen.

Am Sonnabendmorgen kam Hoimann ins Büro und gab an, er müsse nach Auerbach in die Amtshauptmannschaft, um dort einige Angelegenheiten zu erledigen. Einige Stunden später wurde er jedoch im Walde erhängt aufgefunden. Im Büro hatte Hoimann erklärt, daß seine Frau mit den Kindern verzeiht sei. In hinterlassenen Schriftstücken hat der Bürgermeister angegeben, er hätte seine Angehörigen getötet, um sie nicht allein in der Welt zurückzulassen. Die Gründe zu der Tat konnten bisher nicht festgestellt werden.

## Die Geliebte erschossen

Am Montag nachmittag tötete der 25jährige Max Förster die 19jährige Hausangestellte Ida Schiewed in einem kleinen Schuhgeschäft in der Meißergasse in Breslau durch einen Schuß in den Kopf und verübte darauf Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Schläfe jagte. Der Anlaß zu der Bluttat war verheiratete Liebe. Die beiden jungen Menschen stammten aus Kolbun (Kreis Ohlau). Die Angehörigen des Mädchens wollten von einer Verbindung nichts wissen. Am Montag trat Förster das Mädchen in der Stadt. Dabei kam es zu einem lebhaften Streit um einen Schriftwechsel, in dem Förster Drohungen geäußert hatte. Ida Schiewed floh in ein kleines Schuhgeschäft, wo Förster die Wirtin zog und dem Mädchen und sich die tödlichen Schüsse beibrachte.

Severing in Seide gefickt

Gewerkschaftsführer verherrlichen Severings feige Kapitulation
Der Deutsche Textilarbeiterverband Krefeld verspricht an die Orts-

Heraus zur öffentlichen Versammlung

am Mittwoch 20 Uhr im Lokal „Oberstrom“, Welfenstr. 1
Zu dem Thema „Warum war Leutnant Scheringer National-

Erfolge beim Landsonntag

Der Kampfbund, Staffel Scheinwig, führte am Sonntag eine
Landpropaganda in Schwittsch und Drachenbrunn durch und ver-

Anfängerkursus Englisch

Teilnehmer für diesen Kursus können sich heute 20 Uhr Wall-
straße 21, 3. Stod, noch melden. Anmeldegebühr 10 bzw. 20 Pf.,

„Das Gelingen und Morgen des Kulturkampfes“ muß heute in
der Zeit des Kampfes der Kulturreaktion gegen das freigeistige Leben

Töbliche Gasvergiftung

Ende September erlitt eine 44-jährige Büroangestellte in ihrer
Wohnung in der Brüderstraße 9 während der Zubereitung des Essens

Kultur im roten Licht!

Vereinigte Theater Breslaus,
Lobetheater.

Das Kriegsstück die „Endlose Straße“ von Siegmund
Kraus und Karl Ernst Hinz, ist eine der widerwärtigsten und gemein-

Gerhart-Hauptmann-Theater

Die kleine Theatergemeinde der Volkshöhe macht von ihrem
Recht und ihrer Pflicht „Lobetheater“ zu spielen im Gebrauche, daß

Film.

Eine Flut von Militärfilmen nationaler kirchlicher und kriminal-
tätlicher überflutet die Filmproduktion. Die unglaublich un-

Belegschaft der Firma Petersdorff hält Abrechnung

(Betriebskorrespondenz.)

Breslau. Am vorigen Mittwoch fand im „Schleierthal“ eine Be-
legenschaftsversammlung von Petersdorff statt. Dieselbe war einberufen

Nach diesem Streit der Bürokraten sprach ein Vertreter der AGD.
Scharf geizelte er das Verhalten dieser „Arbeitervertreter“, die sich

„Die heute Mittwoch, den 5. Oktober, versammelten Belegschafts-
mitglieder der Firma Petersdorff weisen das Verhalten des Vertreters

Die Verammlung beschließt jetzt sich solidarisch zu erklären mit
dem Kampf der Herren-Maschinenbauern um ihren geraubten Lohn.

Diese Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.
Am Schluß der Versammlung vertieg sich Schlemacher zu der

Brutale Kindermißhandlung in Michelwitz

Sadistischer Schullehrer prügelt Kinder mit Zeigstock — Das Gesicht der General- und Ober-
staatsanwaltschaft — Proletarische Eltern, fordert sofortige Absetzung dieser Unmenschen!

Brieg. Angeheuer haust der Faschismus in Deutschland. Auf
allen Gebieten, ob im wirtschaftlichen, politischen oder im kulturellen

Am 23. Juni schlug in Michelwitz, Kreis Brieg, der ewange-
lische Hauptlehrer Holenz die neunjährige Schülerin Hildegard

die neunjährige Schülerin Brodel fünf blutunterlaufene Doppel-
striemen in einer Länge von etwa 15 bis 18 Zentimeter über die linke

letztere blutunterlaufene Stelle rührten von Schlägen ins Gesicht
und würgenden Griffen am Hals her. Was hatte den Hauptlehrer

mit einem dicken Knüttel, schlug Holenz das Kind
in obenbeschriebener Weise. Nicht genug damit, nahmen die Lehrer

Der Vater des Kindes suchte noch am gleichen Tage die bereits
obengenannte Ärztin auf, welche in Gegenwart einer Zeugin obigen

Der Arbeiter Brodel beschaffte sich am gleichen Tag noch nach-
stehendes Schreiben von der behandelnden Ärztin:

Hildegard Brodel mußte zwei Tage die Schule versäumen, weil
sie infolge von Schmerzen im Rücken, hervorgerufen durch starke

werden nicht nachlassen, sie werden mit derselben Energie und der-
selben Kraft wie bisher ihre Interessen zu wahren wissen.

Dr. Wiesner mit gefälschtem Paß sucht plötzliche
Luftveränderung

Der bekannte Breslauer Arzt, Dr. Wiesner, der in dem NSD.-
Strafprozeß im Juli d. J. mit zwei Jahren Gefängnis bestraft

Wiesner, dessen Verberufsmethoden wir während des NSD.-
Prozesses genügend beleuchtet hatten und der die Patienten im

Wiederum überfallene Reichsbannerleute
auf der Anklagebank

Am 31. Januar d. J. kam es anfänglich eines „Deutschen Tages“
der Nazis in Meleschwitz zu Zusammenstößen zwischen den

Rote Rundfunk-Randnotizen

Dienstag, 11.30 Außerordentliche Mitgliederversammlung des
Patrienischen Ausbeuter-Verbandes der Industriellen. — Anherdort-

das Verfahren gegen Holenz eingestellt sei, da ihm „eine
strafbare Ueberschreitung des Zuchtigungsrechts nicht nach-

Inzwischen hatte auch der Vater Strafaufrag wegen Körperver-
letzung gegen den Lehrer Holenz beantragt. Die Ortspolizeibehörde-

darüberhin wendete sich der Vater am 7. September an die Ge-
neralstaatsanwaltschaft nach Breslau, welche weitere Ermittlungen

„Mittels Schläge Hauptlehrer Holenz ausgeteilt hat, hat sich mit
Sicherheit nicht feststellen lassen. Mehr als 5 Schläge dürften es je-

Tatsächlich haben Ermittlungen durch den Kreisrichter statt-
gefunden und obwohl in Gegenwart desselben sah alle Kinder be-

So, nun weißt du es, Arbeitervater und -Mutter, wenn deine
Kinder von sadistisch veranlagten „Erziehern“ in der Schule miß-

Gegen diese unmenschliche Tat solch eines „Erziehers“ muß die
gesamte Elternschaft den Protest erheben und die sofortige Absetzung

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhlisch in
Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fenzlich, Berlin. — Für Inserate:

Geprunte
Masseurin
empfeht sich in und
außer dem Hause
Oderstr. 31., rechts
Parteilgenossen!
Kauft nur bei den Inserenten
Eurer Zeitung

# Auf den Knien vor den Versailler Mächten

## Die deutsche Note zur Fünfmächtekonferenz

Die deutsche Note an die englische Regierung über die Teilnahme Deutschlands an der geplanten Fünfmächtekonferenz, von deren Abhaltung wir bereits in unserer Sonntagsummer berichteten, wird beziehungsweise in ihrem Wortlaut nicht veröffentlicht. Es werden nur einige Stellen aus der Note in die Öffentlichkeit lanciert, die natürlich nicht im geringsten das Ausmaß der deutschen Kapitulation widerspiegeln. Nichtsdestoweniger kommt die Tatsache der Kapitulation auch in diesen Andeutungen zum Ausdruck. Unsere Vorauslagen, die wir am Freitag an dieser Stelle gegeben haben, haben sich demnach restlos erfüllt.

Von ganz besonderer Bedeutung ist, daß die deutsche Note ausdrücklich anknüpft an die Lausanner Verhandlungen und damit schon deutlich zum Ausdruck bringt, daß die gegenwärtige Außenpolitik des deutschen Imperialismus eine Fortsetzung der Lausanner Verflechtungspolitik ist. Die deutsche Regierung bezieht sich in ihrer Note ausdrücklich darauf, daß Frankreich und die übrigen imperialistischen Mächte Deutschland in Lausanne Zusicherungen gemacht hätten, deren Einhaltung Deutschland jetzt fordere. Bekanntlich standen diese Zusicherungen im engsten Zusammenhang mit den antikomunistischen Dreibundpaktplänen des Herrn von Papen. Wenn Deutschland also heute militärische Gleichberechtigung verlangt, so unter der Voraussetzung, daß es seine Waffen unter dem Einfluß der Versailler Mächte gegen die Sowjetunion tragen will.

Im übrigen stellt die deutsche Note eine völlige Unterwerfung unter die französischen Bedingungen dar. Nochmals wird in der Note betont, daß Deutschland gegen die Hinzuziehung der französischen Vasallenstaaten zu der geplanten Konferenz nichts einzuwenden habe. Das aber bedeutet, daß die Ueberlegenheit des französischen Gendarmen von Versailles auf der Konferenz von vornherein gesichert ist. Auch mit der Verklebung der Konferenz, die ja bekanntlich auf französischen Druck hin erfolgte, erklärt sich die Papen-Regierung einverstanden. Die Papen-Schleicher-Regierung wagt noch nicht einmal, an ihre Teilnahme die Bedingung zu knüpfen, daß nicht die bekannten französischen und englischen Noten zur Grundlage der Konferenz gemacht werden. Lediglich in Form einer unverbindlichen „Warnung“ wird darum gebeten, „vorbehaltlos“ an die Prüfung der deutschen Forderungen heranzugehen.

Das also ist das Ergebnis des außenpolitischen Vorstoßes des deutschen Imperialismus, der die Papen-Regierung im Lichte des „nationalen Befreiens“ zeigen sollte. Restlose Kapitulation vor den Versailler Mächten, deren Führung sich der deutsche Imperialismus vollständig unterwirft. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Frage der Aufrüstung des deutschen Imperialismus nicht mehr steht, das zeigt vielmehr lediglich, daß diese Aufrüstung nicht das geringste mit nationaler Befreiung zu tun hat.

Wir betonten bereits am Freitag die Gründe, die den englischen Imperialismus zur Betreibung der Konferenzpläne veranlaßt. Inzwischen haben sich eine Reihe von Tatsachen ereignet, die deutlich zeigen, daß der französische Imperialismus seit Entschloßen ist, jeden Angriff auf seine Vormachtstellung mit Entschiedenheit abzuwehren. Die Verhandlungen, die der Führer der amerikanischen Abrüstungsdelegation, Norman Davis im französischen Außenministerium hatte, stellen eine klare Demonstration gegenüber den Vätern des englischen Imperialismus dar. Wenn die französische Regierungspresse mit so auffälliger Deutlichkeit die „französisch-amerikanische Einigkeit“ betont, so ist das als eine deutliche Warnung an England zu betrachten, das nichts mehr zu fürchten hat, als eine Annäherung zwischen Frankreich und Amerika.

Der französische Imperialismus wird nicht zulassen, daß England aus der Verhinderung der deutsch-französischen Gegenwärtigen einen vorläufigen Nutzen zieht, daß es gelänge, die französische Vormachtstellung zurückdrängen. Es kann heute schon gesagt werden, daß auf der geplanten Konferenz England unter dem Druck des französischen Imperialismus mit Frankreich gemeinsam für die entschiedene Verteidigung des Versailler Systems eintriften wird.

Vor dem 15. Jahrestag des siegreichen Oktober

# Größtes Wasserkraftwerk der Welt eröffnet

## Gewaltiger Sieg an der sozialistischen Aufbaufront — „Höher die Fahne der Oktoberrevolution!“

Moskau, 10. Oktober. Gestern wurde das mächtigste Wasserkraftwerk der Welt, der Dnjeprstroi, eröffnet, nachdem bereits am 1. Mai die erste Turbine in Betrieb gesetzt worden war. Die gewaltige Bedeutung dieses Sieges an der sozialistischen Aufbaufront geht aus einem Brief der Arbeiter des Kraftwerkes an alle Werktätigen der Sowjetunion hervor, in dem es heißt:

„Das Kraftwerk am Dnjepr ist der Sprößling und die Verkörperung des Leninischen Elektrifizierungsplanes. Erst als die Arbeiter und die werktätigen Bauern die Fahne der proletarischen Revolution erhoben und die Gutbesitzer und Kapitalisten verjagt hatten, wurde der Bau solcher Werke, wie die Wasserkraftstation am Dnjepr, möglich. Wir waren uns klar über die große Verantwortung, die die Partei und die Regierung uns Erbauern auferlegte, und wir haben dieses Vertrauen vollst. gerecht erfüllt. Wir haben zwei Jahre früher, als die amerikanischen Pläne es vorsehen, und sechs Monate vor der in unseren Voranschlägen festgelegten Zeit das Kraftwerk erbaut und begonnen, Kraftstrom zu liefern.“

Diese großen Erfolge beim Bau des großartigsten Wasserkraftwerkes der Welt verdanken wir in erster Linie der Führung

unserer ehernen, unerlöschlichen Leninischen Partei, geleitet von ihrem ZK mit dem Genossen Stalin an der Spitze, und dem ZK der KP der Ukraine. Der große Sieg am Dnjepr ist einer der schlagendsten Beweise für die Richtigkeit der Generallinie der Partei und die Richtigkeit des von ihr eingeschlagenen bolschewistischen Tempos der Industrialisierung unseres Landes. Das Kraftwerk am Dnjepr ist Sinnbild und Verkörperung dieses bolschewistischen Tempos. Mit dem Sieg am Dnjepr wurde den Opportunisten und Schwarzgehemern ein weiterer vernichtender Schlag versetzt.

Wir unterstützen aus ganzem Herzen den Appell des Vortrusses des Sowjetproletariats — der Leningrader Arbeiterklasse — an die Kumpel des Donezbeckens und die Hüttenarbeiter im Sibirien und im Ural, an die Eisenbahner, an die Kollektivwirtschaftler und Wirtschaftlerinnen, an die Gewerkschafts-, Sowjet- und Genossenschaftsfunktionäre, am Vorabend des Jahrestages der ruhmreichen Oktoberrevolution eine neue Welle sozialistischer Wettbewerbe für den Kampf zur Ueberwindung der Schwierigkeiten und zur Erfüllung des Produktions- und Finanzplans auszulösen. Vorwärts, Kampfgenossen! Höher die Fahne der Oktoberrevolution!“

# Japans Kriegsrüstung

## Vergrößerung des Kriegsetats — Kriegslage in der Mandchurei verschärft

Tokio, 10. Oktober. Nachdem bereits am Freitag das japanische Marineministerium dem Kabinett eine Vorlage auf Erhöhung des Haushaltes für die Kriegsmarine von 200 auf 320 Millionen Yen hatte zugehen lassen, teilt nunmehr auch das japanische Kriegsministerium mit, daß der Percestrahshaushalt für das Jahr 1933 einen Betrag von 860 Millionen Yen beanspruche. Geradezu grotesk mutet in diesem Zusammenhang die Erklärung des Kriegsministers an, daß infolge der politischen Verhältnisse in der Mandchurei Japan verhindert sei, seine „Abrüstungsabsicht“ zu verwirklichen.

Zu diesen neuen Kriegsrüstungsplänen passen sehr gut die kriegerischen Erklärungen der japanischen Regierung und ihrer mandchurischen Schattenregierung, die in diesen Tagen im Zusammenhang mit dem Litton-Bericht veröffentlicht wurden. So erklärte der japanische Sondergesandte (Sprich: Gouverneur) für die Mandchurei, General Wato, daß Japan alle Maßnahmen zum Schutze der Sicherheit des „mandchurischen Reiches“ treffen werde. Die japanische Regierung wird neue Truppen nach Tschangtschu versetzen. Auf Verlangen des japanischen Gouverneurs hat die mandchurische Schattenregierung eine Erklärung zum Litton-Bericht veröffentlicht, in welchem betont wird, daß die mandchurische „Regierung“ den Litton-Bericht nicht annehmen könne, alle Versuche, die Mandchurei gewaltiam wieder unter die Herrschaft Nankings zu zwingen, würden abgewehrt werden.

### In entscheidender Stunde:

## Koppelt die Unter von Scottsboro!

Im Auftrage des Scottsboro-Komitees der Intellektuellen richtet Professor Wilson Goldschmidt folgenden flammenden Appell an die Geistesarbeiter und alle Werktätigen:

„In diesen Tagen wird das Schicksal von acht Negerjungen von Scottsboro entschieden. Der Prozeß ist an der letzten Instanz, dem Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika, angelangt. Bestätigt dieses Gericht den Todespruch, so bleibt nur noch die Gnade. Wie wenig auf sie zu bauen ist,

hat die grauenhafte Hartherzigkeit im Falle Sacco und Banzetti gezeigt.

Nochmals und lauter noch als früher: Die Negerjungen sind unschuldig! Das Proletariat der ganzen Welt weiß, sie sind unschuldig! Sie wurden verurteilt, weil sie schwarze Proletarier sind. Klassenhaß und Klassenhaß hat sie zum elektrischen Stuhl verdammt.

Die acht Negerjungen sind unschuldig! Das wissen die denkenden Intellektuellen. Sie haben aus allen Teilen der Welt gerufen: Die Neger sind unschuldig! Kein Spruch auch des höchsten bürgerlichen Gerichts kann ihnen das Gegenteil beweisen.

Die Negerjungen sind unschuldig! Die Mutter von zwei dieser Opfer — einer gewissenlosen brutalen Justiz — schrie es durch die Länder. Frau Ada Wright, heute die gequälteste Mutter auf Erden, ruft euch noch einmal zu: Meine Söhne und ihre Mitopfer sind unschuldig! Rettet meine Söhne und ihre Qualgenossen! Hört den Schrei aus diesen Kerzern! Fühlt die Not dieser mißhandelten Kinder! Versteht die Motive dieses ungeschlichen Urteils! Arbeiter sollen gemordet werden! Gegen jedes Recht, gegen den Willen aller Arbeiter der Welt, gegen den Willen aller wahrhaft Geistigen! Ruft! Ruft nach Washington: Laßt die Neger frei! Öffnet die Gitter, wenn ihr noch einen Blutstropfen Menschenwürde habt! Macht euch nicht schuldig an Unschuldigen!

Rettet die Opfer von Scottsboro!

## Aufstand gegen den Krieg in Bolivien

London, 10. Oktober. Gemäß einer Meldung der Exchange Telegraph Compagnie aus Buenos Aires ist in der bolivianischen Hauptstadt La Paz ein Aufstand gegen die kriegsführende Regierung ausgebrochen. Eine Bestätigung dieser Nachricht steht noch aus.

Der erste „mandchurische“ Gesandte ist gestern in Tokio eingetroffen, wo er vom japanischen Außenminister empfangen wurde.

A. Schapowalow:

# ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag Berlin (Internationale Memoiren Band 4) Übersetzt von Olga Halpern. 7. Fortsetzung

Ueberwältigt von allem, was ich sah, legte ich den Weg in das sogenannte „Kalte Dorf“ fort, das von Russen in der ungeliebten, hiebertversteckten Gegend, an der Mündung der Gotschikow-Straße und Kintirisch aufgebaut worden war. Die nach dem Kaufhaus ausgewanderten Russen waren gewöhnlich Tobenschmer und siedelten sich infolge der Unkenntnis der dortigen Verhältnisse in der Nähe von Flüssen an, wo sie massenhaft der Malaria erlagen.

Auf dem Wege in das „Kalte Dorf“ hörte ich die ganze Zeit irgendwelche ganz ungewöhnliche Laute, die halb Vogelgefang, halb Froschgequacke glichen und die aus den Wasserleitungskanälen herausklangen. Zu meinem größten Erstaunen waren es wirklich die sogenannten „kaukasischen“ Frosche, die diese Laute von sich gaben. Ich ging am Ufer des Meeres, an den Fabriken von Kintirisch und Nobel vorbei und erreichte endlich die Fabrik Kintirischs.

Vor der Fabrik fiel ein dreistöckiges, sauberes, freundlich aussehendes Haus auf, in dem die Angestellten wohnten. Hier wohnte auch einer der Vertreter der Fabriksadministration, der Verwalter des Holzlagers, Genosse G. Er kammitte von Kuban-Kasaken, war Intellektueller und für Teilnahme an der Narodnikbewegung in eine ganz erlegene Stadt Sibiriens, Odrost, die am Ufer des Ob lag, verbannt. Wie bei den meisten Revolutionären waren keine Jugend und die besten Jahre seines Lebens in diesem kleinen Städtchen in der Nähe der sibirischen Tundra vergangen. Dort heiratete er auch die Schwester des Genossen Kossjakows.

G nahm warmen Anteil an meinem Schicksal und schlug mir sogar vor mich bei ihm einzuquartieren, bis ich Arbeit und Wohnung fände. In seiner Wohnung, mit der für den Kaukasus unvermeidlichen Terrasse, vor der sich ein herrliches Ausblick auf

das Meer eröffnete, wo man zu Mittag aß, Tee trank und überhaupt einen großen Teil des Tages verbrachte, lernte ich den kaukasischen Marziken, den armenischen Genossen Tussija kennen.

G, der sich für einen Narodnik-Terroristen ausgab, war ein Mensch mit den Eigenschaften eines russischen großen Herrn, denen eine gewisse Dosis Selbstherrlichkeit beigegeben war. Letztere zeigte sich besonders in der Art, wie er die Arbeiter des von ihm verwalteten Holzlagers behandelte. Da seine Arbeiter in der Mehrzahl Türken waren, hatte er rüchlich gelernt, G. liebe es, wenn er ein wenig angeheitert war, mit seinem Talent zu renommieren, die Arbeiter auch mit einfachen Mitteln in der Hand zu haben. Er stellte dies der Art des deutschen Verwalters einer mechanischen Werkstatt, eines gewissen Stubner gegenüber, dessen Raffinement in der Auebeutung nach westeuropäischem Muster mit den widernatürlichen Lasten der kaukasischen Bourgeoisie gepaart war.

„Ich habe es nicht gern, den Arbeitern Geldstrafen aufzuhallen,“ sagte er, „ich bin nicht der Stubner. Er sträuft seine armenischen Arbeiter für die kleinste Dummheit so, daß fast ein Viertel ihres Monatsverdienstes allein für diese Strafen aufgeht. Warum muß man den Arbeitern so ein Unrecht antun? Sie bekommen ohnehin wenig genug. Ich mache es ganz anders. Stellt ein Türke irgend etwas an, dann erwidere ich ihm beim Rauchen. Die Türken sind ein gutes Volk, ehrlich und nüchtern, aber sie rauchen entsetzlich viel. Sei uns, in unserem Holzlager ist aber das Rauchen streng verboten. Ertrappe ich einen dabei, so lasse ich ihn zu mir kommen und sage ihm in seiner Sprache: „Was hast du angeestellt, du Schweinekerl?“ Dann hau ich ihm eins ins Gesicht, in die Zähne, geb ihm eine Ohrfeige und noch eine. Nach, daß du weiterkommst,“ sage ich ihm. Das darf nie mehr passieren!“ Mit dieser Behandlung sind sie aber sehr zufrieden. Gemöhnlich bedanken sie sich noch bei mir in gebrochenem Russisch. Danke dir, Batscha, daß du mir kein Geld abziehest!“ lagen sie. Ich war dumm. Daß du mir eins in die Fresse gibst ist richtig! Du hast mich zwar geprügelt, hast aber Mitleid mit mir Armen, hast mich nicht aus der Arbeit gejagt und hast das Geld in meiner Tasche gelassen. Allah ist gerecht und du bist gerecht. Ich danke dir vielmals, Batscha.“

„Das ist doch Tyrannie! So handeln nur Leibgeigen-Planlagen- und Illusionenbesitzer, und du nennst dich voller Stolz einen Narodnik!“ sagte ihm seine Frau, die mit den Sozialdemokraten sympathisierte.

„Das sind alles nur Worte“, antwortete G., der inzwischen immer betrübter geworden war. „Was soll ich denn eigentlich anfangen, unser Direktor hält sich zwar für einen Liberalen, gab aber einen Befehl: die Arbeiter sind kurz zu halten, man darf ihnen nichts durchgehen lassen, man muß ihnen Geldstrafen auferlegen oder sie entlassen.“ Daß ich sie aber Strafe zahlen, oder jage ich sie von der Fabrik fort, so erschießen sie mich, wenn sie mich irgendwo in den Bergen erwischen. Ich schide sie nicht fort, ich strafe sie nicht, bei mir herrscht Ordnung. Alles geht wie am Schnürchen. Sie haben mich sogar gern, da ich es nicht erlaube, sie zu beschwindeln, wie man es gewöhnlich bei der Abrechnung in den Fabriken tut, zum Beispiel bei Stubner. Bei mir bekommen sie für ihre Arbeit bezahlt. Daß ich ein Narodnik bin, das stimmt. Mein Herz blutet für das geknechtete Volk.“

Bei den letzten Worten weinte er sogar in seiner Trunkenheit, Tränen tropften ihm aus den Augen, der Kopf hing ihm tief auf die Brust, und er begann einzuschlafen.

Da G. mit Stubner verzannt war, wendete sich einer der Bürobeamten G.s an Stubner mit der Bitte, mich in seine Fabrik aufzunehmen.

„Stubner darf aber nicht erfahren, daß Sie mich kennen, sonst geht alles zum Teufel. Er schmeißt Sie sofort heraus!“

### Batum

#### An der Drehbank in der Fabrik

Nach fünfjähriger Unterbrechung war ich wieder in einer Fabrik. Sie war nicht wie in Petersburg aus dicken Ziegelwänden erbaut, sondern aus Eisenbalken und Spartenholz, die mit dünnem, verzinkten Wellblech bedeckt waren.

Raum hatte ich die Schwelle überldritten, als ich mich sogleich in der Gewalt der Fabrik fühlte. Es war, als hörte ich auf sich selbst, ein freier Mensch zu sein; es war, als sei ich ein lebendes, sprechendes Instrument. Die Fabrik beherrschte schon mein Leben, ohne nach meiner Einwilligung zu fragen. Ich stand mit dem Fabrikssignal auf, ging zur Arbeit, aß Mittag auf das Signal. Ich hörte wieder, wie früher in Petersburg, das Dröhnen und Klirren der Maschinen, das Klopfen der Hämmer auf das Metall. Vor dem Mittagessen und abends wusch ich gemeinsam mit den anderen die Hände in einem kleinen Eimer, der mit unbeschreiblich schmutzigem Wasser gefüllt war. Die Hände vor dem Signal zu waschen, war verboten.

(Fortsetzung folgt)